

Dialog aktuell Nr. 05/2020_KW20_PM

Rundbrief des Verein Dialogforum Flughafen Wien

Ausgabe Mai 2020 – Nr. 05/2020_KW20_PM – Pressemeldungen

Sehr geehrte Damen und Herren!

In „Dialog aktuell Nr. 05/2020_KW20_PM“ finden Sie wieder einen groben Überblick über die nationale und internationale Presse- und Medienberichterstattung zu flugverkehrsrelevanten Themen während der Coronakrise. Aufgrund der Dichte der Information in den vergangenen Wochen werde ich in den kommenden Wochen den Überblick über die Presse- und Medienberichterstattung in kürzeren Abständen aussenden, um die Aktualität zu erhöhen.

Unabhängig von der Presse- und Medienberichterstattung werde ich im Geschäftsführerbrief weiterhin auf aktuelle Themen und die Flugverkehrsentwicklung am Flughafen Wien eingehen.

Bitte wenden Sie sich gerne per E-Mail oder auch telefonisch an mich, wenn Sie Fragen haben. Ich werde versuchen, Sie auch in diesen für viele von uns schweren Zeiten, bestmöglich zu informieren.

Mit besten Grüßen Ihr

Wolfgang Hesina

Berichterstattung von Presse und Medien zur Coronakrise und der Situation in der Flugverkehrswirtschaft

Stand: Montag, 10. Mai 2020

Vorbemerkungen:

Dialog_aktuell Nr. 05/2020_KW20_PM dokumentiert auf Basis der nationalen und internationalen Berichterstattung die Entwicklungen im Bereich der Flugverkehrswirtschaft während der Coronakrise vom Montag, 27. April 2020 bis einschließlich Sonntag, 10. Mai 2020. Die Informationen stammen aus den unterschiedlichsten Quellen aus dem Bereich Presse und Medien, sind nach Tagen geordnet, um die Entwicklung der Detailthemen nachverfolgen zu können und nach österreichischen und internationalen Themen sortiert.

Der Blick in unser internationales Umfeld und die dortigen Entwicklungen im Flugverkehrssektor soll es ermöglichen, die Geschehnisse und Entwicklungen in Österreich im Vergleich zu sehen und einzuschätzen, wie gut oder schlecht wir in Österreich in der Krisenbewältigung im Bereich der Flugverkehrswirtschaft agieren.

Berichterstattung über den Zeitraum 27. April – 10. Mai 2020

Sonntag, 10. Mai 2020

Internationales:

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Wirtschaftsministers Altmaier (CDU) will nach einer Rettung der Lufthansa keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen bei der Lufthansa nehmen, da sich solche Eingriffe in der Vergangenheit nie bewährt haben. Der Minister warb um Verständnis, dass die Hilfe rasch erfolgen müsse, wenn wichtige Unternehmen für Deutschland diese brauchen, kleinteiligen Prüfungen und Hilfe verweigern, wenn Unternehmen Steueroasen nutzen erteilte Altmaier eine Absage.
Die schwer angeschlagene Lufthansa braucht 9 Mrd. Euro vom Staat, im Gegenzug wird derzeit eine 25%-ige Beteiligung plus eine Aktie des Staates verhandelt.
- **SPD / Die Grünen** - SPD und Grünen wollen die staatlichen Hilfen für die Lufthansa an Auflagen knüpfen. Managergehälter seien zu reduzieren, Dividenden zu streichen, Umweltauflagen müssten erteilt werden. Die deutschen Grünen bekennen sich zum Interesse des Staates, dass Airlines und Flughäfen als systemrelevante Infrastruktur zu erhalten sind, eine stille Beteiligung sei aber inakzeptabel. Ähnliche ökologische Auflagen wie sie die Air France erfüllen müsse, seien auch an die Lufthansa-Rettung zu knüpfen, der CO₂-Ausstoß auf der Mittel- und Langstrecke sei bis 2030 um 50% zu reduzieren, bei innerdeutschen Flügen schon bis 2024.
Ziele, die mit der Bahn in vier Stunden zu erreichen sind, sollen nicht mehr angefliegen werden, die Bahn solle hier auf zusätzlichen Strecken „Sprinterzüge“ ohne Zwischenhalt anbieten. Die Lufthansa müsse darüber hinaus erklären, warum sie Tochtergesellschaft in Steueroasen habe, wenn es nur steuertaktische Gründe dafür gäbe, seien Auslandsniederlassungen inakzeptabel. Die Lufthansa müsse die Arbeitsplätze sichern, keine Dividendenausschüttungen vornehmen und dem Staat für die Hilfen ein Mitspracherecht einräumen.
Auch in Österreich möchte die grüne Verkehrs- und Umweltministerin die staatlichen Hilfen für die AUA an Klimauflagen binden. Der Wiener Wirtschafts- und Finanzstadtrat Hanke (SPÖ) plädiert im Zusammenhang mit der Staatshilfe für die AUA für eine staatliche Sperrminorität und stellte für die staatliche Unterstützung die Bedingung, dass die Hubfunktion am Flughafen Wien erhalten werden muss.

- **Kolumbien / Avianca** - die zweitgrößte Airline Lateinamerikas ist Pleite und hat einen Antrag auf Insolvenz gestellt. Die Verhandlungen der kolumbianischen Regierung um staatliche Hilfe waren erfolglos, die Airline, die rund 20.000 Mitarbeiter beschäftigt hat, hat die Hoffnungen allerdings noch nicht ganz aufgegeben, doch noch Hilfe zu bekommen.

Samstag, 9. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Flughafen-Vorstand Ofner, hat sich erneut für eine staatliche Rettung der AUA ausgesprochen, obwohl die „Karten“ in den Verhandlungen nicht gut seien. Ofner hält eine Sperrminorität für sinnvoll, eine außergewöhnliche Situation erfordere außergewöhnliche Schritte. Es müsse eine Bestandsgarantie und der Bestand des AUA-Flugdrehkreuzes in Wien sichergestellt werden, das sei für den Flughafen, aber auch für den Wirtschaftsstandort von größter Bedeutung, es sei die Verbindung des Wirtschaftsstandortes Österreich mit der Welt. Zehntausende Arbeitsplätze wären gefährdet, British-Airways sei keine Alternative, erstens müsse die Airline ihre eigenen Probleme meistern und zweitens würde die Airline eher die Passagiere zu ihrem Langstreckenhub nach London fliegen. Eine zerbrochene Struktur wieder aufzubauen sei wesentlich mehr Aufwand als der AUA zu helfen und wer, wenn nicht die AUA sollte die Bundesländerflughäfen anbinden? Aufgabe sei es nun länderübergreifend die Regeln für den Abstand, die Maskenpflicht und die Hygiene zu definieren, das Risiko an Corona zu erkranken sei dann in Taxis oder U-Bahnen ungleich höher als in der Luft, Erschwernisse beim Einchecken wird es aber geben müssen, so der Flughafen-Vorstand. Wie das Fliegen in Zukunft aussehen werde, sei noch offen, alles was eine Ansteckung begünstige, werde unterlassen werden.

Internationales:

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Luftfahrt** - die in Deutschland in der Opposition befindlichen Grünen fordern, staatliche Hilfen für die Lufthansa und andere Fluggesellschaften an Auflagen zu knüpfen. Aktionäre und Manager müssten auf Boni verzichten und die Streichung von Dividenden akzeptieren. Vorbild sei jedenfalls die Air-France-Rettung, Airlines und Flughäfen seien in systemrelevantem Umfang zu erhalten. Ökologische Bedingungen müssten im Gegenzug zu staatlichen Hilfen umgesetzt werden, wie z.B. die Reduktion des CO₂-Ausstoßes auf Mittel- und Langstreckenflügen um 50% bis 2030, auf innerdeutschen Flügen bis 2024. Alle Ziele, die innerhalb von vier Stunden mit der Bahn zu erreichen sind, sollen nicht mehr angefliegen werden, die Bahn solle „Sprinterzüge“ ohne Halt anbieten.
Die Verhandlungen mit der Lufthansa laufen, eine Beteiligung des Staates in der Höhe von 25% plus einer Aktie steht im Raum. In Österreich pocht die grüne Verkehrs- und Umweltministerin Gewessler darauf, die staatlichen Hilfen für Austrian Airlines (AUA) an Klimaauflagen zu koppeln, der Wiener Wirtschafts- und Finanzstadtrat Hanke (SPÖ) will die Rettung der AUA mit einer staatlichen Sperrminorität und Bedingungen für den Erhalt der Hubfunktion am Flughafen Wien verbinden.
- **Frankreich / Sicherheitsvorkehrungen / Air France** - Air France wird schrittweise Fiebermessungen mit kontaktlos funktionierenden Infrarot-Thermometer vor dem Start jedes Fluges einführen, die Fluggäste müssten zudem einen Mundschutz tragen.

Freitag, 8. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / OGH-Urteil / Ryanair** - Laudamotion wird auch nach dem OGH-Urteil 55 Euro für den Check-In am Flughafen verlangen, die Gebühr aber besser ausschildern, die nur von weniger als 1% der Fluggäste bezahlt werde. Wer keine Gebühr für das Einchecken bezahlen will, muss dies 48 bis 2 Stunden vor dem jeweiligen Abflug online tun und erhält dann nach dem Zufallsprinzip einen Sitzplatz zugewiesen, wenn Reisende nebeneinander sitzen wollen, ist ein Aufpreis zu entrichten.

- **Oberösterreich / staatliche Hilfen / IWS** - der Geschäftsführer der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) fordert im Zusammenhang mit den staatlichen Hilfen für Unternehmen und Airlines wie die Lufthansa, oder die AUA, nicht das alte und gescheiterte Modell der verstaatlichten Industrie wieder aufleben zu lassen. Der Staat müsse Rahmenbedingungen schaffen, die Politik dürfe aber nicht über Flugzeugtypen, Flugpläne, Standorte etc. mitreden, sondern sich auf regional- und sozialpolitische Themen konzentrieren.
- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion beklagt die hohen Parkgebühren am Flughafen Schwechat und fordert deren Aussetzung bzw. per Verordnung die "ungerechtfertigte Parkgebühren" aufzuheben. An zahlreichen EU-Flughäfen, sei die Gebühr für den Zeitraum der Ein- und Ausreisebeschränkungen bereits erlassen worden, dem Flughafen Wien dürfe als Monopolisten nicht gestattet sein, aus „überhöhten Parkgebühren“ in einer schwierigen Situation Profit zu schlagen.
Der Flughafen Wien wies die Kritik zurück, die Parktarife seien international konkurrenzfähig, 65 Euro pro Flugzeug und Tag im Vergleich zu den Kosten eines Kfz-Parkplatzes in einer Innenstadtgarage gering. Es könne aus Wettbewerbsgründen auch für Laudamotion keine Ausnahmen geben.
- **Flughafen Wien / Branchenkollektivvertrag / vida** - Die Gewerkschaft vida fordert die Wirtschaftskammer Österreich auf, endlich Verhandlungen über einen Branchen-Kollektivvertrag für die Fluglinien aufzunehmen, die Flugzeuge am Flughafen Wien stationiert haben. Die Wirtschaftskammer verweigere es, faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Airlines zu schaffen bar jeglicher Verantwortung für eine nachhaltige Standortpolitik. Der beinharte Wettbewerb spiele sich direkt vor der eigenen Haustür ab und genau dort müsse man für faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sorgen, so die Gewerkschaft. Laudamotion drohe alle ArbeitnehmerInnen zu kündigen, derartige Drohungen aus Irland könne man nur parieren, indem auch Ryanair in Wien von einem Kollektivvertrag erfasst wird. Die WKÖ verhindere mit ihrem Verhalten aber die Schaffung fairer Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen und müsse dann auch die Verantwortung nehmen, wenn die Bruchlandung der Airlines in einem Blutbad ende.
WKÖ – für die Berufsgruppe Luftfahrt in der WKÖ ist derzeit kein Platz für „realitätsferne Forderungen“ wie die nach einem Branchenkollektivvertrag. Solange es keine EU-Regelung gäbe, könne nämlich jede ausländische Airline Österreich zu eigenen Konditionen anfliegen.
- **Stadt Wien / staatliche Hilfen / AUA** - der Wiener Wirtschafts- und Finanzstadtrat Hanke (SPÖ) vertritt die Meinung, dass die staatliche Hilfe für die AUA an eine staatliche Sperrminorität zu knüpfen sei. Eine weitere Bedingung müsse der Erhalt der Hub-Funktion am Flughafen Wien sein, die Diskussion um Alternativen sei schlecht, man müsse auf einer Rettung der AUA aufbauen. Der Stadtrat unterstütze die Regierung, die Verhandlungen seien aber „am Punkt“ zu führen, neben der Sperrminorität sei die Erhaltung der Flugverkehrsdrehkreuzes und der Hubfunktion von essentieller Bedeutung. Welche Verbindungen man gerne hätte, sei mit den Standortanforderungen im Detail zu definieren, das Sparpaket für die AUA müsse im Paket verhandelt werden, wobei zuerst die großen Linien außer Streit gestellt werden sollten. Wien könne sich eine Beteiligung Wiens bzw. auch der Bundesländer durchaus vorstellen, weil die Carrier-Frage für die Landeshauptstädte und die gesamte Ostregion von großer Bedeutung sei.

Internationales:

- **Deutschland / Flugverkehr / IATA**- für die IATA, der Internationalen Luftverkehrsvereinigung sind flächendeckende Staatshilfen für die zivile Luftfahrt unausweichlich, die Hälfte der Airlines müssten ohne Hilfe im Juni Konkurs anmelden. Wettbewerbsverzerrungen sollen möglichst vermieden werden, weshalb die Regierungen ihre Beteiligungen nach der Krise schnellstmöglich wieder abstoßen sollten.
Ende Mai rechnet die IATA mit dem Neustart des Binnenflugbetriebs in einigen Ländern, im dritten Quartal mit der Wiederaufnahme des europäischen Geschäfts, die transkontinentalen Flüge dürften erst später den Umfang vor der Krise erreichen, wobei die IATA als Voraussetzung dafür ein neues, einheitliches Gesundheitsprotokoll sieht. Abstandsregelungen an Bord sieht die IATA nicht, strengere Bestimmungen für Reinigung und Desinfektion von Flugzeugen sowie Temperaturmessungen, Gesichtsmasken und Atemmasken aber sehr wohl.

Die deutsche Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit fordert, die staatliche Hilfe mit einer Stellengarantie für die Lufthansa-Piloten zu verknüpfen, Staatsgeld dürfe nicht dazu benutzt werden, Arbeitsplätze abzubauen. Teilzeitmodelle seien geeignet, Kündigungen zu vermeiden.

- **Deutschland / Flugbetrieb / Lufthansa** - die Lufthansa erweitert ab Juni den auf ein Minimum beschränkten Flugplan. Die Lufthansa will gemeinsam mit den Tochter-Airlines Swiss und Eurowings insgesamt 106 Ziele anfliegen, die österreichische Tochter Austrian Airlines (AUA) wartet noch ab. Zuletzt waren noch rund 80 Lufthansa-Flugzeuge im Einsatz. Ab Juni möchte die Lufthansa weitere 80 Jets in Betrieb nehmen, immer noch rund 600 Flugzeuge werden aber am Boden bleiben.

Das Interesse der Kunden an Flugreisen sei wieder im Steigen begriffen, Sylt, Mallorca und Kreta seien deshalb ab Juni wieder im Programm. Die jeweiligen Einreise- und Quarantänevorschriften der Reiseziele müssten aber von den Kunden beachtet und von diesen im Flugzeug auch Masken getragen werden.

Donnerstag, 7. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - die Belegschaftsvertreter der AUA haben Sanierungsbeiträge der Beschäftigten an bis zum Jahr 2023 von bis zu 300 Mio. Euro als einen Puzzlestein zur Rettung der Airline angeboten, 200 Mio. Euro davon könnten davon auf das fliegende Personal entfallen. Kurzarbeit sei ein zentrales Element des Angebotes, die soziale Verträglichkeit der Maßnahme sei aber oberste Prämisse. Da die derzeitige Kurzarbeit bei einem durchschnittlichen Flugbegleiter zu Einkommensverlusten von bis zu 35% führe, sei eine Staffelung erforderlich. Die AUA käme aus eigener Kraft nicht mehr aus der Krise, ein Kapitaleinschuss von außen sei neben vielen anderen Faktoren unumgänglich, egal ob das Geld vom Eigentümer, oder vom Staat komme. Die Gewerkschaft will sich von ausländischen Airlines nicht erpressen lassen und einen Branchen-Kollektivvertrag durchsetzen.
Die Geschäftsführung von Laudamotion will den bestehenden Kollektivvertrag durch eine billigere Vereinbarung ersetzen und drohte mehrfach mit der Schließung der Airbus-Basis in Wien mit Stichtag 30. Mai. Die Start und Landrechte hat Laudamotion bereits an Ryanair übertragen, die Mitarbeiter wurden aufgefordert bis spätestens 14. Mai individuelle Vereinbarungen zu unterschreiben.
- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - heute Donnerstag gibt der AUA-Vorstand den AUA-Mitarbeitern eine Update zur aktuellen Lage der Airline. Der Bordbetriebsrat sieht den Druck auf die Belegschaft steigen, das insgesamt passende Rezept zur Rettung der AUA müsse erst gefunden werden und dazu gehöre auch ein klares Bild über die staatlichen Hilfen. Entscheidende Weichen sollen in der Aufsichtsratssitzung am 20. Mai gestellt werden. Ein Scheitern sei an noch einigen Stellen möglich, kontraproduktiv sei, wie mit dem Wort „Insolvenz“ herumgeschmissen werde. Als Bedingung für die staatlichen Hilfen müsse eingefordert werden, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten werden müssen, wie die Gagenkürzungspläne umgesetzt werden sollen, ohne sich des Kollektivvertrags zu entledigen ist den Gewerkschaftsvertretern nicht nachvollziehbar.
- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / staatliche Hilfen / AUA** - Flughafen-Vorstand sieht mittelfristig den Flugverkehr auf einem Niveau wie vor der Coronakrise im Jahr 2019. Die Lagerkapazitäten müssen möglicherweise ausgebaut werden, um bei kritischen Produktionsmitteln resistenter gegen Störungen zu sein. Die Erhaltung der Drehkreuzfunktion der AUA am Flughafen Wien sieht Ofner als wichtigste Bedingung für die staatliche Hilfe. Umweltauflagen wie der Umstieg auf die Bahn dürften nicht mit Zwang verordnet werden, da dies nur zu einem Umgehungsverkehr nach Frankfurt, München und Bratislava führen würde, bei der CO₂-Reduktion müssen man auf biogenen und synthetisches Kerosin setzen. Ofner geht davon aus, dass das Wachstum im Flugverkehr den Flughafen an die Kapazitätsgrenzen bringen und deshalb die 3. Piste nötig sein wird, wann könne derzeit nicht beantwortet werden.

Gewerkschaft vida - Vertreter der Gewerkschaft vida fordern von der Regierung, dass sie für die staatlichen Hilfen für die AUA Garantien einfordert, die sicherstellen, dass so wenig Arbeitsplätze wie möglich erhalten bleiben. Die Coronakrise werde den Standort dauerhaft verändern, die Billigpreisspirale im Flugverkehr auf Kosten des Personals müsse ein Ende haben, die Luftfahrt müsse auch nachhaltiger werden. Es bedürfe eines Branchenkollektivvertrags für die Luftfahrt, die Wirtschaftskammer dürfe sich hier nicht länger querstellen. Es brauche faire Wettbewerbsbedingungen für alle Airlines am Flughafen Wien. Die AUA sei Teil eines Gesamtsystems und sei wichtig für Standort, Wirtschaft, Arbeitsplätze am Flughafen und in Zulieferbetrieben, den Tourismus und für unsere Gesellschaft. Österreich solle zeigen, dass Innovation und Qualität statt Raubbau an den Arbeitsbedingungen für die Menschen die Zukunft in der Luftfahrt prägen können.

AUA - Der Betriebsratschef des AUA-Bodenpersonals Pfister bestätigt, dass es bei der staatlichen Hilfe für die AUA auch um ökologische Standards gehe. Am Wirtschaftsfaktor Flughafen hängen in der Ostregion rund 90.000 Arbeitsplätze, es sei verantwortungslos von einer Insolvenz der AUA zu sprechen, man dürfe den Flugverkehr in Wien nicht den Low-Cost-Carriern überlassen, wenn Arbeitsverhältnisse vorhanden sein sollen, die dem österreichischen Recht entsprechen. Österreich brauche eine Luftverkehrsstrategie, die ökologische Frage müsse man nicht stellen, wenn keine Spielregeln festgelegt werden können.

Die täglichen Verhandlungen um staatliche Hilfgelder für die AUA müssen bis spätestens 18. Mai einen belastbaren Plan hervorbringen, der die Wirtschaftsprüfer überzeugt und das nötige Testat bringt. Die AUA-Belegschaft muss davon ausgehen, dass ca. 1.100 der 7.000 Stellen bis 2023 gestrichen und die Gehälter stark gekürzt werden. Für den Fall, dass es keine Einigung auf ein Sparprogramm gibt, bereitet die AUA-Führung Alternativszenarien, wie z.B. eine geordnete Insolvenz, vor.

Bundesregierung - Bundeskanzler Kurz (ÖVP) verwies heute auf die laufenden Verhandlungen der Republik Österreich mit der Lufthansa und darauf, dass sich die Ziele der Regierung nicht geändert haben. Fragen des Standortes und der Standortgarantie seien für die Regierung immer von großem Interesse, wenn es um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Österreich gehe.

SPÖ - für SPÖ-Verkehrssprecher Stöger ist ein Konkurs der AUA keine Lösung, an der Rettung der AUA führe kein Weg vorbei und dazu sei eine Beteiligung Österreichs an der Lufthansa erforderlich. Eine nachhaltige Lösung der Krise müsse für die Luftfahrtbranche auf europäischer Ebene erfolgen und die Chance genutzt werden, gemeinwirtschaftliche Luftfahrtunternehmen zu etablieren.

Internationales:

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - der deutsche Bund strebt für ein Rettungspaket in der Höhe von 9 Mrd. Euro einen Aktienanteil von 25% plus einer Aktie sowie einen Sitz im Aufsichtsrat der Lufthansa an. Zudem wird weiter über Auflagen für die Fluggesellschaft gesprochen, darunter sei der Verzicht auf künftige Dividendenzahlungen. Gespräche mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes (WSF) werden auch über eine stille Beteiligung und einen besicherten Kredit geführt. Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) betonte erneut das hohe Interesse des Staates an der Rettung der Lufthansa. Altmaier informierte auch, dass der Bund der Lufthansa aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds gegen entsprechende Bedingungen und Sicherheiten Unterstützung gewähren werde. Gleichzeitig warnte er vor Übernahmeversuchen renommierter deutscher Unternehmen z.B. aus China. Ein Abschluss des rund 10 Mrd. Euro großen Rettungspaketes stehe lt. Lufthansa-Konzernchef Spohr in Kürze bevor, politisch umstritten ist nach wie vor, welche Mitspracherechte der Staat für die Hilfen bekommen soll.
- **Deutschland / staatlich Hilfen / ADV** - die ADV informiert, dass die deutschen Verkehrsflughäfen jeden Monat 0,5 Mrd. Euro an Umsatz verlieren und den Flughäfen mittlerweile 95% der Einnahmen weggebrochen seien. Monatlich fallen allen 170 Mio. Euro an Kosten an, um die Betriebsbereitschaft aufrechtzuerhalten, die ADV spricht mit der Regierung über die Übernahme dieser Vorhaltekosten. Es seien zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr, die staatlichen Hilfen für die Airlines seien richtig, man dürfe aber die Flughäfen nicht vergessen, auch diese müssen sich an den KfW-Rettungsprogrammen des Bundes beteiligen dürfen.

- **Spanien / Großbritannien / staatliche Hilfen / Flugbetrieb** - Die British-Airways-Mutter IAG setzt auf Staatshilfen. Die Konzerntöchter Iberia und Vueling hätten in ihrem Land bereits entsprechende Hilfen beantragt, um die Liquidität sicher zu stellen. Der Flugbetrieb könnte frühestens im Juli deutlich hochgefahren werden, man rechnet mit einem Passagerrückgang von rund 50%, derzeit haben British Airways, Iberia, Vueling und Level das Flugangebot um 94% reduziert. Im 1. Quartal betrug das Minus bei den Fluggästen fast 20%, der Umsatzrückgang betrug 13%. Die IAG glaubt nicht, dass die Nachfrage vor 2023 wieder das Niveau von 2019 erreichen wird, weitere Umbauschritte und Kostenreduktionen seien notwendig. Es könnte ein Stellenabbau von 12.000 Jobs notwendig werden, 68 neue Flugzeuge sollen den Herstellern erst verspätet abgenommen werden.
- **Schweiz / staatliche Hilfen / Swiss / Edelweiss** - Swiss geht von einer Auszahlung einer Kredittranche der staatlichen Hilfe von Anfang Juni aus. Die Laufzeit der Kreditvereinbarungen mit den Banken beträgt 5 Jahre, der auf einem konservativen Flugplan-Szenario basierende Geschäftsplan sieht aber eine schnellere Rückzahlung vor.
- **Frankreich / Niederlande / Flugbetrieb / Air France-KLM** - Air France-KLM hat keine Hoffnung auf eine schnelle Erholung des Flugverkehrs, die Lockerung von Reisebeschränkungen könnte ein langsames Hochfahren im Sommer zulassen. Im 2. Quartal erwartet die Airline nur rund 5%, im 3. Quartal rund 20% des Flugverkehrs von 2019, eine Erholung werde mehrere Jahre dauern. Im kommenden Jahr könnte der Flugbetrieb mindestens 20% unter dem Niveau von 2019 liegen. 2020 geht die Airline von einem sehr hohen Verlust aus, im 2. Quartal dürfte das operative Minus weit über dem des 1. Quartals liegen. Im 1. Quartal ging die Zahl der Passagiere um ein Fünftel auf 18,1 Mio. zurück, der Umsatz reduzierte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 15% auf 5 Mrd. Euro, das Minus war mit 1,8 Mrd. Euro fünf Mal so hoch wie im Vorjahr.
Air France plant den Abbau von Arbeitsplätzen, wie viele der rund 45.000 Beschäftigten den Job verlieren könnten, will die Airline nicht sagen. Frankreich und die Niederlande gewähren der Airline wegen der Coronakrise staatliche Hilfen von rund 11 Mrd. Euro.

Mittwoch, 6. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - übernächste Woche muss bei der AUA klar sein, wie die Airline in Zukunft überleben kann. Die Verhandlungen laufen täglich, es soll so lange wie möglich kurz gearbeitet werden, rund 1.100 Arbeitsplätze sollen abgebaut und die Gehälter um 13% reduziert werden. In der Aufsichtsratssitzung informierte das AUA-Management ausführlich über die Liquiditätssituation und den Verhandlungsstand. Der Aufsichtsrat hat das Management bestärkt den Neustart mit aller Kraft voranzutreiben, aber auch Alternativszenarien – wie z.B. eine geordnete Insolvenz – vorzubereiten.
- **Flughafen Salzburg / Flugbetrieb** - nach dem kompletten Shutdown des Flughafens Salzburg ist heute Mittwoch erstmals nach fünf Wochen eine aus Düsseldorf kommende Maschine von Eurowings gelandet. Zwei Passagiere haben sich an Bord des Airbus A319 befunden. Den Rückflug haben vier Passagiere genutzt. Vorerst ist die Betriebszeit des Flughafens Salzburg auf vier Stunden begrenzt, die Abfertigung der Eurowings-Maschine hat mehr als 20 Mitarbeiter beschäftigt. Der Flughafen Salzburg läuft auf Stand-by-Betrieb, das Hochfahren des Flughafens ist innerhalb von 3 Stunden möglich, die Betriebszeiten werden dem Verkehrsaufkommen angepasst.
- **Flughafen Wien / Laudamotion / Check-In-Gebühren** - die Check-In-Gebühren von Laudamotion wurden vom Obersten Gerichtshof (OGH) für unzulässig erklärt. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) war im Auftrag des Sozialministeriums gegen die Gebühr vorgegangen, Laudamotion verlangte für das Einchecken am Flughafen 55 Euro pro Passagier, die Kunden wurden jedoch während des Buchungsvorgangs nicht darauf hingewiesen. Betroffene können nun ihr Geld zurückverlangen. Der OGH hat in diesem Zusammenhang auch eine Klausel für unzulässig, nach der irisches Recht für die Verträge zwischen Laudamotion und ihren Kunden hätte gelten sollen.

- **Flughafen Wien/Schwechat / staatliche Hilfen / AUA** - die Zukunft der AUA ist heute Mittwoch Gegenstand einer Aufsichtsratssitzung. Beschlüsse sind nicht geplant. Besprochen wird der aktuelle Zwischenstand der Verhandlungen mit Regierung, Corona-Finanzierungsagentur (COFAG), Belegschaft und Lieferanten. Die Wirtschaftsprüfer von PwC haben dem Vorstand bis 18. Mai Zeit gegeben, um mit der Republik Österreich über Staatshilfen und mit dem Personal über ein Sparpaket einig zu werden, nur dann könne es eine positive Fortbestandsprognose geben.

Das Überleben der AUA in der Coronakrise überlebt, ist auch davon abhängig, ob die Lufthansa in Deutschland vom Staat gerettet wird. Auch hier dauern die Verhandlungen um rund 10 Mrd. Euro an, in Österreich bemüht sich die AUA um 767 Mio. Euro an Staatshilfen. Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne denken aktuell darüber nach, ob eine Insolvenz der AUA nicht günstiger wäre. Nun fordern die Bundesländer Salzburg und Tirol eine Standortgarantie auch für die jeweiligen Regionalflughäfen gefordert. Auch Alternativen zur AUA für das Flugverkehrsdrehkreuz Wien kursieren seit kurzer Zeit. Genannt wurden British Airways sowie Etihad, der British-Airway-Konzern IAG hat mit Level bereits eine Airline, die mit Flugzeugen von Wien aus operiert.

Internationales:

- **Schweiz / staatliche Hilfen / Swiss / Edelweiss** – nach dem grünen Licht des Schweizer Parlaments für die staatlichen Hilfen zeigten sich die Lufthansa-Töchter Swiss und Edelweiss erleichtert und sehen das als Ansporn, die Flugverbindungen zu Wirtschafts- und Feriendestinationen so rasch wie möglich wieder aufzunehmen.

Swiss und Edelweiss stehen nun Kredite eines Bankenkonsortiums von 1,5 Mrd. Franken zur Verfügung, der Bund garantiert für 85% davon (1,3 Mrd. Franken) - garantiert der Bund, der sich das gesamte Aktienkapital der Swiss als Ausfallgarantie gesichert hat.

Bei der Rückerstattung des Geld für ausgefallene Flüge hofft die Swiss auf eine europäische Lösung, kommt diese nicht zu Stande, sollen die Ticketgelder bis zum 30. September 2020 zurückerstattet werden.

- **Berlin/Frankfurt (APA/dpa)** - mit den staatlichen Hilfen für die Lufthansa dürfe der Steuerzahler nicht nur für die Verluste zuständig gemacht werden, stellte Finanzminister Scholz klar. Die Regelungen müssen für ausreichend Liquidität sorgen, wenn es wieder aufwärts gehe, müsse der Steuerzahler dabei sein können, konkrete und bedachte Vorschläge liegen am Tisch. Die Lufthansa dürfe nicht leichte Beute für andere werden.

Lufthansa-Chef Spohr bleibt dabei, dass die Airline keine staatliche Geschäftsführung brauche, dies sehe man auch in der Bundesregierung so. In Österreich verhandelt die AUA ein staatliches Rettungspaket, Politiker der Regierungsparteien ÖVP und Grüne haben zuletzt eine Insolvenz nicht ausgeschlossen.

- **Deutschland / FRAPORT** - Die Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport hat erstmals seit dem Börsengang 2001 in einem ersten Quartal einen Verlust eingefahren. Der Umsatz ging um 17,8% auf 661,1 Mio. Euro zurück, das Minus lag bei 35,7 Mio. Euro. Im Vorjahr gab es im 1. Quartal noch einen Gewinn von 28 Mio. Euro. Der Fraport-Vorstand geht für das 2. Quartal davon aus, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen noch massiver sein werden.

- **USA / Flugverkehr / staatliche Hilfen** - insgesamt verlieren lt. Branchenverband die US-Fluggesellschaften derzeit mehr als 10 Mrd. Dollar pro Monat. Die US-Luftfahrtindustrie werde nach der Coronakrise nur noch ein Schatten ihrer selbst sein, selbst nachdem mehr als 3.000 Flugzeuge am Boden bleiben, verzeichnen die Airlines derzeit doch im Durchschnitt nur 17 Passagiere auf einem Inlandsflug und 29 Passagiere auf internationalen Flügen. Die Passagierzahlen seien damit im Jahresvergleich um fast 100% gesunken. Der Branchenverband warnte vor einer Rückerstattung aller Tickets, da dies zum Konkurs von Airlines führen würde.

Die US-Fluggesellschaften haben vom Finanzministerium fast 25 Mrd. Dollar an Barzuschüssen zur Deckung ihrer Lohnkosten bekommen und dafür zugesagt, bis 30. September keine Entlassungen vorzunehmen.

United Airlines kündigte an, ab 1. Oktober Kürzungen Verwaltungsstellen um 30% kürzen zu müssen, Boeing plant bis Jahresende den Abbau von 16.000 Arbeitsplätze, GE Aviation bereitet die Entlassung von bis zu 13.000 Arbeitnehmer vor, der Flugzeugzulieferer Spirit AeroSystems streicht rund 1.450 Arbeitsplätze.

Dienstag, 5. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / Coronatests** – die am Flughafen Wien angebotenen PCR-Tests stoßen auf großes Interesse. Am ersten Tag seien ca. 70 Tests durchgeführt worden, für heute Dienstag wird eine ähnlich hohe Zahl erwartet. Sowohl Ankommende als auch Abfliegende seien getestet worden, die PCR-Tests stehen nicht nur Passagieren, sondern allen Interessierten offen.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / ÖVP** - auch Staatssekretär Brunner (ÖVP) bezeichnete die Insolvenz der AUA als Option, das Credo „Koste es was es wolle“ dürfe für die AUA nicht gelten. Die Rolle der Fluglinie für den Wirtschaftsstandort sei wichtig, staatliche Hilfen müssten aber an ökologische sowie sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen gebunden werden. Die AUA-Flotte müsse klimafreundlich erneuert, der Standort garantiert und Single European Sky auf EU-Ebene vorangetrieben werden.

Grüne - für den Verkehrssprecher der Grünen Weratschnig erübrigt sich das Standortproblem, wenn der Luftverkehr bedingungslos erhalten werde. Der Bahnausbau sei notwendig, um Kurzstreckenflüge zu ersetzen, ein Reduktionspfad für Lärm- und Schadstoffemissionen der AUA müsse verpflichtend sein und die Erforschung nachhaltiger, alternativer Treibstoffe sei wichtig. Auch müsse es eine Änderung in der Geschäftspolitik des Wiener Flughafens geben, dem Preiskampf der Billigairlines müsse entgegengewirkt werden, insbesondere die Gebührenordnung sei hier relevant.

- **Niederösterreich / 3. Piste / Grüne** - die Grüne Landessprecherin Krismer fordert ein Steuersystem, mit dem es mit den Arbeitsplätzen und der Umwelt aufwärts und mit Erdöl und Erdgas abwärts geht. Die Grünen NÖ werden daher in der kommenden Landtagssitzung Anträge zum „Rückzug des Land NÖ von der 3. Piste als Miteigentümerin der Flughafen AG aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit“ und zum „Fallen lassen der Pläne für eine Waldviertelautobahn“ einbringen. Das Geld brauche man jetzt mehr denn je für die NÖ Familien, damit sie auch Urlaub in Österreich machen können.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Verkehrs- und Umweltministerin Gewessler (Grüne) bekräftigte, dass die staatlichen Beihilfen für die Austrian Airlines (AUA) an Klimaauflagen zu koppeln seien. Bedingungen für den Standort, für Arbeitnehmer und für den Klimaschutz müsse es geben. Die Ministerin forderte gleichzeitig auch Auflagen bei Staatshilfen an die Automobilindustrie. Die Luftfahrtbranche sei besonders wichtig für die Erreichung der Klimaziele bis 2050.

Industriellenvereinigungs-Präsident Kapsch warnte davor, Austrian Airlines nicht zu erhalten, Österreich habe dann ein Standortproblem in Europa. Grundsätzlich sei er kein Freund von Staatshilfen und Verstaatlichungen, aber die AUA sei "ein Spezialfall".

- **Wien/Schwechat (APA)** - der Vorarlberger Grünen-Chef Rauch zweifelt an der Sinnhaftigkeit einer rund 800 Mio. Euro teuren Rettung der AUA und denkt laut über Insolvenzszenarien nach. Die Bedingungen der Lufthansa seien dafür verantwortlich, es könnten auch eine geordnete Insolvenz angestrebt und andere Alternativen ins Spiel gebracht werden. Folgen für den Standort fürchtet Rauch nicht, andere Airlines würden einspringen, Wien könnte mit Bratislava ein Drehkreuz bilden. Österreich brauche Jobs im Klimaschutzbereich, die eher nicht in der Luftfahrt entstehen würden, innerhalb Europas sei ein Revival der Bahn zu erwarten.

Unterdessen haben die Wirtschaftsprüfer von PwC der AUA bis zum 18. Mai Zeit gegeben, um konkrete Verhandlungsergebnisse über Staatshilfen und mit dem Personal über ein Sparpaket vorzulegen. Nur damit könne es eine positive Fortbestandsprognose geben.

In der nächsten Aufsichtsratssitzung der AUA am Mittwoch, wird es um die Verhandlungen über Staatshilfen und das Sparpaket gehen. Bei dem staatlichen Hilfspaket geht es um 767 Mio. Euro, davon 410 Mio. Euro Kreditgarantien und 90 Mio. Euro nicht zurückzahlbare Zuschüsse sowie um 267 Mio. Euro Eigenkapital. Die Regierung verlangt dafür Standortgarantien und Umweltauflagen, eine Beteiligung der Republik an der Lufthansa wird ebenfalls diskutiert.

- **Flughafen Wien /staatliche Hilfen / AUA** - Der Verkehrsclub Österreich (VCO) fordert die staatlichen Hilfen an die AUA mit klaren ökologischen Kriterien zu verknüpfen, da der Treibhausgasausstoß der Flugzeuge 2019 mit ca. 3. Mio. Tonnen so hoch war, wie noch nie und gegenüber 2018 um 14% gestiegen sei. Dies entspricht der CO₂-Menge, die 1,3 Mio. Autos pro Jahr ausstoßen. Gefordert werden eine starke Reduktion der Kurzstreckenflüge und die Reduktion der CO₂-Emissionen um 50% pro Personenkilometer. Das Modell der Railjet-Verbindung von Linz zum Flughafen Wien sei auf andere Kurzstrecken anzuwenden und die Steuerprivilegien abzuschaffen.

Die AUA verhandelt derzeit mit der COFAG über eine staatliche Hilfe von 767 Mio. Euro und mit dem Betriebsrat über ein Sparprogramm und Personalabbau. Die Wirtschaftsprüfer haben der AUA bis 18. Mai Zeit gegeben, um als Voraussetzung für eine positive Fortbestandsprognose konkrete Verhandlungsergebnisse vorzulegen.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - „Die AUA in die Insolvenz zu schicken wäre verantwortungslos und würde dem Wirtschaftsstandort Österreich schweren Schaden zufügen“ kritisiert der Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Dürtscher den Vorarlberger Landesrat Rauch. Am Flugdrehkreuz Wien gehe es nicht nur um die Arbeitsplätze im Flugverkehrsbereich, sondern auch im Bereich von Zulieferern, Dienstleistungen, in der Hotellerie und bei der Kongressorganisation. Naiv und verantwortungslos sei insbesondere anzunehmen, dass sich ökologische Kriterien für die AUA durchsetzen, wenn der Flughafen Wien Billigairlines überlassen werde und sich die öffentliche Hand aus allen strategischen Entscheidungen zurückziehe. Nur eine strategische Beteiligung des Staates könne Arbeitsplätze, den Wirtschaftsstandort, die Langstreckenflüge und ökologische Kriterien sicherstellen.

Internationales:

- **Schweiz / IATA** - die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) empfiehlt Temperaturmessungen, Gesichts- und Atemmasken, stellt sich aber gegen ein Freilassen der Mittelsitze. Auch eine Einschränkung der Bewegung in den Flugzeugen wäre denkbar, die Überlegungen gehen auch in die Richtung, die Maschinen häufiger zu reinigen und beim Ein- und Aussteigen die Kontakte der Passagiere zu reduzieren. Das Ansteckungsrisiko in Flugzeugen sei gering, die Filter in modernen Flugzeugen reinigen die Kabinenluft auf Krankenhaus-OP-Qualität. Es käme zu dramatischen Kostensteigerungen, wenn die Mittelsitze leer blieben, weil Abstandsregelungen in Flugzeugen die Wirtschaftlichkeit der Luftfahrt grundlegend verändern würden. Die Gewinnschwelle liege bei einer Auslastung von 77%, ohne die Nutzung der Mittelsitze würde die maximale Auslastung der Flugzeuge auf 63% sinken, die Tickets müssten dann zwischen 43% und 54% teurer werden.
- **Argentinien / Aerolíneas Argentinas / Austral** - die argentinischen Fluggesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral fusionieren, um die Coronakrise gemeinsam besser zu überwinden. Die Fluglinien sind in Staatsbesitz, Aerolíneas bedient als größte argentinische Fluglinie zahlreiche internationale Ziel, Austral ist auf Inlandsflüge fokussiert. Ziel der Fusion ist eine Kostensenkung. Die argentinische Regierung hat bis zum 1. September kommerzielle Flüge nach und aus Argentinien weitgehend untersagt.
- **Irland / staatliche Hilfen / Ryanair** - Ryanair-Chef O'Leary protestiert gegen Pläne der italienischen Regierung zur Verstaatlichung Alitalias, Ryanair sei derzeit die stärkste Fluglinie Italiens, Easyjet belege Platz drei. Meldungen zur Folge sind die derzeit 11.000 Jobs bei Alitalia nicht haltbar, die staatliche Kontrolle plant den schrittweisen Ausbau der Langstreckenflüge und die Ausweitung des Cargo-bereichs.
O'Leary verglich Alitalia aber auch den Lufthansakonzern und Air France mit Drogensüchtigen, die von Subventionen abhängig seien.

- Deutschland / Flugbetrieb / BLDI** - Der Branchenverband der Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) geht davon aus, dass der Flugverkehr erst in zwei bis drei Jahren das hohe Vorkrisen-Niveau erreichen wird. Das Ende des Einbruchs sei derzeit nicht absehbar, nur rund 7 Mio. Passagiere registrierten die Flughäfen in Deutschland im März, das Minus liegt damit bei über 60%. Auf den Personenverkehr kommen neue Herausforderungen zu, sind sich die Branchenverbände der Luftfahrt, des Straßen- und des Schienenpersonenverkehrs einig.

Der BDLI werden gute, ganzheitliche Ansätze für Dienstleister, Fluggäste und Behörden deklariert, damit das Fliegen auch in Zukunft sicher ist, ökologisch effizientes Fliegen dürfe als Ziel nicht aus den Augen verloren werden und bedürfe staatlicher Anreize für Fluggesellschaften in neue Maschinen zu investieren.
- Schweiz / staatliche Hilfe / Swiss / Edelweiss** - der Ständerat hat die Kreditgarantien des Bundes für die Lufthansa-Töchter Swiss und Edelweiss in der Höhe von 1,23 Mrd. Euro abgesegnet. Der Schweizer Nationalrat hatte unter der Auflage, dass die Airlines die Klimaziele der Regierung einhalten, grünes Licht gegeben. Schon in der Vorwoche hatte die Schweizer Regierung die Luftfahrtbranche als kritische Infrastruktur eingestuft und insgesamt 1,9 Mrd. Franken an Bürgschaften zugesagt, alleine 600 Mio. Franken für die Sicherung des Betriebes der Flughäfen. Swiss und Edelweiss brauchen einen Kredit von 1,5 Mrd. Franken, für 85% bürgt der Bund. In Österreich verhandelt die AUA mit der Regierung nach wie vor eine umfangreiche Staatshilfe.
- Deutschland / Lufthansa** - Lufthansa-Chef Spohr gab sich in der Online-Hauptversammlung zuversichtlich, dass die Verhandlungen über das staatliche Rettungspaket in Kürze zu einem erfolgreichen Abschluss führen werden. Juristisch und aus Gründen der unternehmerischen Vorsicht sei auch die Prüfung einer Insolvenz oder eines Schutzschirmverfahren geboten, angesichts der Gespräche mit der deutschen Regierung müsse man nicht auf diese Alternative zurückgreifen.

Lufthansa-Chef Spohr warnt vor einer zu hohen Schuldenlast durch die Staatshilfen, das würde die Lufthansa über Jahre lähmen, die Bedingungen für die Hilfen dürften nicht zu einer Schiefelage im internationalen Wettbewerb führen. Eine staatliche Geschäftsführung brauche die Lufthansa nicht. Zwischenzeitlich sind die Verhandlungen über die Details zur Staatshilfe noch nicht abgeschlossen.

Heute findet – ausgelöst durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirusausbreitung - die erste Hauptversammlung der Lufthansa im Internet statt. Aktuell ist der Passagierverkehr auf ein Minimum (1%) reduziert, statt ca. 350.000 Passagiere pro Tag sind es derzeit täglich nur rund 3.000 Fluggäste. Trotz Kurzarbeit laufen die Fixkosten weiter, stündlich verliert die Lufthansa ca. 1 Mio. Euro an Cash, die Bar-Reserven liegen noch über 4 Mrd. Euro.

Die Ausgestaltung der staatlichen Hilfen ist noch nicht genau definiert, der Lufthansa-Vorstand stemmt sich gegen einen künftigen starken staatlichen Einfluss. Auch die Verhandlungen der Lufthansa in der Schweiz, Belgien und Österreich für staatliche Hilfen für die Tochtergesellschaften Swiss, Brussels Air und AUA gestalten sich schwierig, auch dort pochen die Regierungen auf Standortgarantien, Beteiligungen etc. Der Lufthansa-Vorstand hat die Mitarbeiter bereits auf Einschnitte eingestimmt, die Rede ist von einem Abbau von ca. 10.000 Arbeitsplätzen im Konzern, wobei hier noch offen ist, ob dies über Kündigungen erfolgen muss, oder Teilzeitmodelle etabliert werden können. Insgesamt soll die Lufthansa um rund 100 Flugzeuge schrumpfen.
- USA / United Airlines** - United Airlines hat die Lohn- und Gehaltshilfen der Regierung akzeptiert. Damit ist ein Stellenabbau bis zum 30. September nicht möglich, die Airline kündigte aber einen 30%ige Kürzungen im Management- und Verwaltungsbereich an, da sich die Reisenachfrage bis in den Herbst nicht erholen dürfte.

Montag, 4. Mai 2020

Österreich:

- Wien/Frankfurt/Berlin (APA)** - die FPÖ fordert für die staatliche Hilfe einen Einstieg Österreichs bei der AUA, es müsse ein Sperrminorität erreicht werden.

Eine Beteiligung Österreichs an der Lufthansa sei falsch, da es für die österreichischen Hilfgelder nur Aktien in homöopathischer Dosis geben könne und das reiche für eine Mitbestimmung nicht aus. Der Lufthansa-Konzern verhandelt derzeit sowohl mit der deutschen als auch mit der österreichischen Regierung über staatliche Hilfestellungen. Die FPÖ befürchtet ein von der Lufthansa initiiertes Kürzungspaket für die AUA. Mit einem Einstieg bei der Lufthansa könne Österreich weder die Jobs bei der AUA noch die Erhaltung des Langstreckenhubes in Wien sicherstellen. Dies könne nur durch einen Einstieg Österreichs bei der AUA mit einer Sperrminorität im Zuge einer Kapitalerhöhung erreicht werden.

Internationales:

- **Deutschland / Belgien / Ticketrückvergütungen / EU-Kommission** - EU-Verkehrskommissarin Vaele machte deutlich, dass die EU-Fluggastrechte auch während der Coronakrise gelten. Niemand könne gezwungen werden, Gutscheine zu akzeptieren, die Liquiditätsprobleme der Airlines müssten auf andere Weise gelöst werden. In Deutschland hatten Politiker gefordert, die Ausgabe von Zwangsgutscheinen zuzulassen, rund ein Dutzend EU-Länder sind ebenfalls dieser Meinung. Die EU-Kommission will bald Empfehlungen vorlegen.
- **Deutschland / Lufthansa** - die Lufthansa steht morgen Dienstag vor der wohl ungewöhnlichsten Hauptversammlung der Geschichte, findet diese in Coronazeiten doch im Internet statt. Lufthansa-Chef Spohr hat Aktionäre und Mitarbeiter bereits auf Einschnitte eingestimmt, die Eigentümer sollen auf die Dividende verzichten, rund 10.000 der 130.000 Mitarbeiter werden gehen müssen, die Flotte soll um 100 Flugzeug verkleinert werden. Die Ausgestaltung der staatlichen Hilfen, ob stille Einlage oder Beteiligung, ist noch nicht klar.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - das Ringen zwischen dem Lufthansa-Vorstand und Vertretern der Regierung dauert an, eine Einigung sei in den nächsten Tagen wahrscheinlich. hieß es am Montag. Das Hilfspaket für die Air France in der Größe von 7 Mrd. Euro wurde von Frankreich und der EU genehmigt. Über staatliche Hilfen für die AUA verhandelt die Lufthansa auch mit der österreichischen Regierung. In Deutschland plant die Regierung einen Direkteinstieg bei der Lufthansa und ein Hilfspaket von rund 10 Mrd. Euro.
Den Chef der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) erinnert die angebliche Forderung der Regierung nach Zinsen von 8% bis 9% für die stille Beteiligung an „Wucher“. Die Aktionärsschützer sprechen sich gegen einen Einfluss des Staates auf Unternehmensentscheidungen aus. Bei einer Einmischung der Politik werde es der Lufthansa zukünftig nahezu unmöglich sein, Geld zu verdienen.
Die FDP forderte im Gegenzug für das richtige und wichtige Engagement des Staates ein Kredittilgungsmoratorium der privaten Gläubiger der Lufthansa, das Aussetzen von Dividendenzahlungen und einen eigenen Beitrag von Vorstand und Management und u.a. den Verzicht auf Bonuszahlungen. Das operative Geschäft müsse in der Hand der Unternehmensleitung bleiben.
Eine etwaige Einigung auf das Hilfspaket müsste der Vorstand dem Aufsichtsrat vorlegen und in der morgigen Hauptversammlung zur Krisenbewältigungsstrategie berichten. Von Seiten der Europäischen Union wird kein Widerstand gegen eine staatliche Hilfe für die Lufthansa erwarten, hat Brüssel doch auch die Hilfe für die Air France bereits genehmigt. Für die staatlichen Garantien für Bankkredite von ca. 4 Mrd. Euro und für ein Darlehen von 3 Mrd. Euro verpflichtete sich Air France zu Rentabilitätszielen und zur Senkung des CO₂-Ausstoßes. An der Air-France-KLM-Gruppe sind der französische und der niederländische Staat jeweils mit 14% beteiligt, die Niederlande planen KLM mit 2 bis 4 Mrd. Euro zu helfen.
- **Norwegen / staatliche Hilfe / Norwegian Air** - die Aktionäre der Airline haben mit großer Mehrheit den Rettungsplan unterstützt, 95% der Umwandlung von Schulden in Aktien über rund 920 Mio. Euro zugestimmt. Damit kann die Airline nun auf ca. 50% des Kreditpaketes von rund 537 Mio. Euro hoffen, das die norwegische Regierung für die Branche bereitgestellt hat.

Daraufhin haben die Leasingfirmen, die die Flugzeuge bereitstellen, nun mit 671 Mio. Euro deutlich mehr Gelder in Aussicht gestellt als bisher. Zudem soll es eine Kapitalerhöhung von bis zu rund 38 Mio. Dollar geben, die Gläubiger sind nach dem Rettungsplan künftig Mehrheitseigner, die aktuellen Aktionäre halten dann möglicherweise nur noch ein Anteil rund 5%.

Die Corona-Pandemie verschlimmerte die Situation, der Flugverkehr ist wie bei anderen Airlines weitgehend eingestellt. Rund 95 Prozent der Flotte ist am Boden. Die Norwegian-Aktie ist seit Beginn der Krise in den Keller gerauscht, rund 7.650 Mitarbeiter wurden vorübergehend beurlaubt. Vier dänische und schwedische Tochtergesellschaften von Norwegian, bei denen die Piloten und das Kabinenpersonal beschäftigt sind, haben bereits Insolvenz angemeldet.

- **Schweiz / Frachtflüge** - Der Frachtraum in den Flugzeugen ist derzeit knapp, koste mehr als zuvor und die Transportzeiten haben sich auch vergrößert berichtete der Weltluftfahrtverband IATA und der internationale Postverband UPU. Im Normalbetrieb wird der Großteil der Postsendungen mit den Passagiermaschinen befördert, die auch Ziele anfliegen, die von Frachtflugzeugen nicht angefliegen werden. In der Krise sei die Nachfrage im Online-Handel um 25% bis 30% und damit auch das Paketaufkommen gestiegen, die Passagierflüge aber um 95% eingebrochen.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - die Fondsgesellschaft Union Investment der genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken hat sich gegen einen zu großen Einfluss des Staates ausgesprochen, der Flughafenvorstand dürfe allerdings den Bogen nicht überspannen. Das Risiko liege in einer überdimensionierten Infrastruktur, wenn sich die Politik einmisch, eine verkleinerte Lufthansa könne eine moderne Flotte betreiben und den Schadstoffausstoß deutlich reduzieren. Gefordert werden eine einfache Unternehmensstruktur und eine klare Ausrichtung auf das Premiumsegment. Die Lage der Lufthansa in der Krise ist Thema in den heutigen Beratungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Am Wochenende zeigte sich der Lufthansa-Vorstand optimistisch, dass die Gespräche mit der deutschen Regierung bald abgeschlossen werden können.
- **Frankreich / staatliche Hilfen / Air-France-KLM** - die EU-Kommission hat Frankreich grünes Licht gegeben, Air France mit 7 Mrd. Euro in Form von Kreditgarantien und einem Kredit als Anteilseigner zu unterstützen, da ansonsten der Airline die Insolvenz drohen könnte. Staatliche Garantien von bis zu 90% eines 4-Mrd.-Euro Darlehens und auch der nachrangige Kredit Frankreichs als Anteilseigner sei konform mit den Regeln des EU-Vertrages. Frankreich ist mit 14,3% an der Air France-KLM-Gruppe beteiligt, die über mehr als 300 Flugzeuge verfügt, die derzeit aber am Boden stehen.

Sonntag, 3. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / Coronatests** - am Flughafen Wien werden ab sofort PCR-Coronatests für jedermann angeboten, wobei die Befunde innerhalb von 2 bis 3 Stunden vorliegen sollen. Im Fall eines negativen Befundes können sich einreisende Fluggäste damit eine 14-tägige Quarantäne ersparen. Bisher war für die Einreise ein Gesundheitszeugnis erforderlich, das nicht älter als 4 Tage sein durfte, anderenfalls mussten die Passagiere 14 Tage in Quarantäne gehen. Mit dem PCR-Test kann nun auch eine angetretene Quarantäne vorzeitig beendet werden, positive Test werden der Behörde gemeldet.

Passagiere und andere Interessierte vereinbaren direkt bei der Confidence DNA Analysen GmbH per Telefon (01/368 45 54) oder via E-Mail (office@confidence.at) einen Termin. Das Labor befindet sich im Office Park 3 (Erdgeschoß) am Flughafen und ist über einen straßenseitigen Zugang begehbar. Dort wird ein Rachenabstrich durchgeführt, die Kosten pro Test liegen bei 190 Euro.

Abfliegende Passagiere können mit einem negativen Testergebnis in den Zielländern ihre Corona-freiheit nachweisen. Bei maximal 4-tägigen Reisen entfällt auch die Quarantäneverpflichtung bei der Rückkehr nach Österreich. Nach wie vor sind allerdings Flüge aus bestimmten Risikogebieten mit Landeverboten belegt.

NEOS - Der Gesundheitssprecher der NEOS kritisierte scharf, dass Menschen nun wie schon bei den Masken auch bei dem PCR-Test selbst initiativ werden müssen. Nur wer das notwendige Kleingeld habe, bekomme Sicherheit, der Rest habe Pech gehabt. Geld oder Quarantäne zeige das Versagen der öffentlichen Hand und führe zu einer unerträglichen Ungleichbehandlung und Schlechterstellung von weniger Privilegierten. Wenn in einem Asyl- oder Pflegeheim ein Fall auftritt, dauere es Wochen bis alle Mitarbeiter und Bewohner getestet sind. Regierung und Rotes Kreuz haben auf Angebote nicht reagiert, private Anbieter hätten deshalb Testkapazitäten nach Deutschland verkauft. Das Ministerium habe beim Kauf von Schutzmaterial und Testkapazitäten auf zwielfältige Gestalten gesetzt und die Geschäftsmacher hätten aus den schlecht durchdachten Regelungen Kapital geschlagen.

- **Flughafen Wien /Erntehilfe / Repatriierungsflüge** - Außenminister Schallenberg (ÖVP) hat mit dem ukrainischen Vizepremier Prystajko über den Einsatz von rund 800 ukrainischer Erntehelfer in Österreich gesprochen. Charterflüge aus der Ukraine sind durch eine neue Ausnahmeregelung des österreichischen Gesundheitsministers seit dem 1. Mai wieder möglich. Für den Vizepremier der Ukraine ist es die wichtigste Aufgabe, den Transfer zu organisieren sowie die nötigen Arbeitsbedingungen und die Gesundheitssicherheit sicherzustellen.

In den letzten Wochen gab es ein Landeverbot für Flüge aus der Ukraine in Österreich und somit keine legale Möglichkeit, ukrainische Erntehelfer nach Österreich einzufliegen. Erst eine neu veröffentlichte Verordnung sieht nun Ausnahmen für "Flüge zum Transport von Saisonarbeitskräften im Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft sowie Pflege- und Gesundheitspersonal" vor.

Weniger als 200 rückkehrwillige Österreicher sind derzeit noch in 34 Ländern im Ausland gestrandet. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Corona-Pandemie waren Mitte März rund 47.000 Landsleute im Ausland. AUA, Laudamotion und Level haben mit 39 Rückholflügen über 7.500 Staatsbürger heimgefliegen, 1.100 Personen kamen mit den EU-Kooperationsflügen nach Hause. Der Außenminister versprach, keinen einzigen Rückkehrwilligen im Stich zu lassen.

Die europäische Zusammenarbeit hat es jüngst ermöglicht, sieben Staatsbürger auf einem britischen Flug aus Fidschi unterzubringen, sechs Personen wurden mit einem spanischen Flug aus Ecuador zurückgeholt, drei Personen sind mit einer lettischen Maschine aus Riga heimgekehrt. Außenminister Schallenberg lobte im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronakrise das Team des Ministeriums für die geleistete Arbeit.

- **Österreich / Belgien** - Der Präsident der Europäischen Wirtschaftskammer Leitl fordert, dass Wirtschaftshilfen aus dem geplanten europäischen Wiederaufbaufonds noch heuer fließen, da es bei vielen Unternehmen um das reine Überleben gehe. In Europa seien 3 Mio. Unternehmen direkt bedroht, es gehe um rund 10 Mio. Beschäftigte in kleineren Unternehmen, in Österreich gehe es dabei um ca. 50.000 Betriebe. Der Fonds sei an den EU-Finanzrahmen für 2021 bis 2027 zu knüpfen, die Staats- und Regierungschefs müssten sich beim nächsten Treffen vor der Sommerpause auf den Rettungsplan einigen. Das EU-Budget müsse in den ersten zwei bis drei Jahren verdoppelt werden, eine Vergemeinschaftung von Schulden sei abzulehnen. Für Mehreinnahmen müsse die EU konsequenter gegen den Mehrwertsteuerbetrug vorgehen. Mit den 1,5 Billionen Euro aus dem Wiederaufbaufonds und das bisherige Rettungspaket von 540 Mrd. Euro hat die EU eine gute Basis für Hilfen geschaffen. Für Österreich seien die Verbindungen in Europa essentiell. Im Streit zwischen der Die EU und Österreichs um die Aussetzung der EU-Beihilferegulungen sollte man sich das Schweizer Modell zum Vorbild nehmen, bei dem Unternehmen rasch und unbürokratisch geholfen werde. Eine Wettbewerbsverzerrung sieht Leitl nicht, im Fall der AUA könnte die EU-Kommission in kürzester Zeit die Wettbewerbsprüfung durchführen.

Internationales:

- **Großbritannien / Irland / Rolls-Royce** - Rolls-Royce plant wegen der Probleme in der Luftfahrtbranche einen Stellenabbau von bis zu 8.000 Jobs (15% der Gesamtbelegschaft). Rolls-Royce habe rasch Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und zur Senkung der Kosten ergriffen, weltweit arbeiten 50.000 Mitarbeiter für das Unternehmen, in Großbritannien 24.000.

Schon 2018 mussten 4.600 Mitarbeiter aus der Verwaltung gehen, der nun geplante Abbau von Jobs betrifft offenbar die Mitarbeiter im Triebwerksbereich für die zivile Luftfahrt. Auch Ryanair hat mitgeteilt, bis zu 3.000 Arbeitsplätze abzubauen. British Airways kündigte die Entlassung von 12.000 Mitarbeitern an.

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - für die Lufthansa wären die staatlichen Hilfen ein entscheidender Schritt für die Zukunftsfähigkeit der Airline. Der Lufthansavorstand rechnet mit einem raschen Abschluss der Verhandlungen. Staatliche Hilfen von rund 10 Mrd. Euro stehen im Raum, die teilweise in eine stille Beteiligung fließen könnten. Auch eine staatliche Beteiligung ist nicht vom Tisch, der Lufthansa-Vorstand stemmt sich allerdings gegen einen großen staatlichen Einfluss. Der Vorstand berät die Lage mit dem Aufsichtsrat, in der Hauptversammlung wird es – wie derzeit in allen Beratungen – um die Sicherung der Zukunft der Lufthansa gehen.
- **Norwegen / Norwegian** - Grünes Licht für die von Pleite bedrohte Fluggesellschaft Norwegian von den Gläubigern. Nun hat auch die letzte Gläubigergruppe dem Rettungsplan und den Umschuldungsplänen zugestimmt. Das staatliche Kreditpaket sei damit in Reichweite, nun müsse vor der Sonderhauptversammlung auch mit den Leasingfirmen, die die Flugzeuge bereitstellen, eine Einigung erzielt werden. Derzeit sind rund 7.650 Mitarbeiter vorübergehend beurlaubt, vier dänische und schwedische Tochtergesellschaften, bei denen Piloten und Kabinenpersonal beschäftigt sind, haben bereits Insolvenz angemeldet. Norwegian hatte seit der Firmengründung 1993 immer wieder Probleme mit hohen Kosten und Schulden, 2019 kamen noch die Probleme mit der Boeing B737 Max 8 hinzu.
- **Deutschland / Tourismus / TUI** - der TUI Vorstandsvorsitzende Jossen fordert für den Tourismus in Europa klare Perspektiven in Form von Fahrplänen für Flüge und Reisen innerhalb Europas.
In China nimmt TUI den Betrieb wieder auf und bietet Inlandsreisen für Urlauber in China an. Unter dem Produktnamen "TUI Selection" sind dies vor allem Kurzreisen in die Berge, in chinesische Strandresorts und auch Programme in der Nähe von größeren Städten. Flugreisen finden damit wieder statt, TUI ortet einen deutlichen Nachholbedarf bei Urlaubsreisen und wird das Angebot schrittweise erweitern. Die Sicherheit der Reisenden habe oberste Priorität, nur Hotels, die alle Gesundheits- und Sicherheitsstandards erfüllen, sind im Programm.
Reisen und Urlaub haben weiter erhebliche Relevanz für die Menschen. Trotz Coronakrise liege der Verkehr auf den TUI-Online-Seiten bei 90% im Vergleich zum Vorjahr, auch die Buchungseingänge für 2021 seien erfreulich. Wichtig sei, nun gut aus der Krise herauszukommen. Die Öffnung von Ländern und Regionen Europas für Tourismus und Flugreisen, die gute Fortschritte im Kampf gegen den Coronavirus erzielt hätten, sei wichtig. Der Urlaub im eigenen Land sollte nicht die einzige Antwort für Europa und die Europäer auf die Coronakrise sein.
Die TUI Group ist der weltweit führende Touristikkonzern. 2019 erzielte die TUI-Group einen Umsatz von 19 Mrd. Euro und ein operatives Ergebnis von 893 Millionen Euro. TUI beschäftigt weltweit 70.000 Mitarbeiter und ist in mehr als 100 Ländern der Erde aktiv und bildet die gesamte Tourismuswertschöpfungskette ab. Über 400 Hotels und Resorts, Kreuzfahrt- und Expeditionsschiffe, führende Veranstaltermarken, 1.600 Reisebüros sowie 5 Fluggesellschaften mit 150 modernen Mittel- und Langstreckenjets u.a.m. sind Teil dieser Wertschöpfungskette. Nachhaltiges wirtschaftliches, ökologisches und soziales Handeln ist Kern der Unternehmenskultur.
- **Indien / SpiceJet** - SpiceJet hat als zweitgrößte indische Fluglinie mit fünf Frachtflugzeugen und über 430 Flügen Arzneimitteln, Medizinprodukten, Kühlkettensanitätsartikeln, landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit transportiert. Die 4.000 Tonnen Fracht repräsentieren 70% der Luftfracht, die von indischen Fluggesellschaften befördert werden, der Frachtbetrieb soll weiter ausgebaut werden. In der Coronakrise hat die Airline Flugzeuge und Besatzungen zur Verfügung gestellt, um unter Quarantäne stehende Passagiere zu Regierungseinrichtungen zu transportieren.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - die Lufthansa steht vor einer Woche der Wahrheit, Entscheidungen über Staatshilfen und damit verbundenen Bedingungen rückt näher. Es geht um insgesamt rund 10 Mrd. Euro, ein Teil davon soll als stille Beteiligung fließen, der Bund dafür rund 25% Anteile an der Lufthansa erhalten und auch im Aufsichtsrat vertreten sein.

Der Lufthansa-Vorstand lehnt allerdings einen größeren Einfluss des Staates ab, eine staatliche Geschäftsführung könne die Lufthansa nicht brauchen. Unterstützung kommt diesbezüglich vom CDU-Wirtschaftsrat, der Krisen bedingt nur eine kurze Unternehmensbeteiligung sieht, aus der man in absehbarer Zeit wieder aussteigen solle, aber auch von der Flugbegleitergewerkschaft Ufo.

Derzeit stehen von rund 760 Flugzeugen rund 700 am Boden, 3.000 Flüge pro Tag sind gestrichen, mehr als 80.000 der insgesamt 130.000 Mitarbeiter sind in Kurzarbeit, statt 350.000 Passagieren täglich fliegen noch etwa 3.000 mit Flugzeugen des Lufthansakonzerns. Jede Stunde verliert die Lufthansa aufgrund des Stillstands operativ 1 Mio. Euro.

- **Frankreich / Airbus** - Airbus hat den Fluggesellschaften vorgeschlagen, bestimmte Passagierflugzeuge z.B. der Baureihen A330 und A350 für den reinen Frachtbetrieb umzubauen. Laut Airbus gibt es aktuell weltweite Kapazitätsengpässe bei der Fracht. Lufthansa und andere Airlines haben aus Passagiermaschinen bereits Sitzreihen ausgebaut und nutzen die Jets für Cargo-Transporte.
- **Berlin (APA/Reuters)** - in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion formiert sich Widerstand gegen eine politische Einflussnahme auf die Lufthansa im Gegenzug für Staatshilfen. Maximal sei eine stille Beteiligung ohne politische Vertretung im Aufsichtsrat sinnvoll. Zwischenzeitlich wird gemeldet, dass es eine Grundsatzvereinbarung auf das Rettungspaket gäbe.
Berlins Flughafenchef Lütke Daldrup fordert für die rund 10 Mrd. Euro Staatshilfe, die Lufthansa auch zu fragen, was sie für die Hauptstadt in Zukunft tun werde. Auch aus Gewerkschaftssicht muss die Staatshilfe zur Rettung der Lufthansa nicht zwangsläufig mit politischen Einflussmöglichkeiten verbunden sein, im operativen Geschäft würden Staatsvertreter im Aufsichtsrat keinen Mehrwert generieren.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - für den CDU-Wirtschaftsrat sei nur eine vorübergehende Beteiligung des Staates an der Lufthansa und nur als absolute Ausnahme denkbar. Die Politik dürfe sich keinen dauerhaften Einfluss auf Unternehmen sichern. Die Staatsbeihilfen von rund 10 Mrd. Euro könnten teilweise als stille Beteiligung fließen und der Bund dafür rund 25% Anteile an der Lufthansa bekommen. Lufthansa-Chef Spohr lehnte allerdings einen größeren Einfluss des Staates zuletzt ab.

Samstag, 2. Mai 2020

Internationales:

- **Deutschland / staatliche Hilfen / ADV** - die ADV fordert von der deutschen Regierung, dass die Betriebs- und Vorhaltekosten der Flughäfen vom Staat kompensiert werden, ansonsten könnten sich einige Standorte nicht mehr lange halten. Die Vorhaltekosten lägen derzeit bei rund 170 Mio. Euro pro Monat. Das Bundesverkehrsministerium informierte, dass derzeit eine Rahmenregelung für die staatlichen Hilfen für Flugplätze erarbeitet wird. Die Flughäfen verlieren derzeit pro Monat rund 500 Mio. Euro an Umsatz. Die Flughäfen als kritische Infrastruktur müssten erhalten werden, so die ADV.
- **Deutschland / Belgien / Brussels Airlines** - Belgien fordert für staatliche Kredithilfen für Brussels Airlines solide Garantien von der Lufthansa. Für die Liquiditätshilfe von rund 290 Mio. Euro werden eine detaillierte Wachstumsperspektive sowie quantifizierbare Ziele zur Entwicklung des Brüsseler Flughafens als Drehkreuz für Brussels Airlines und die dazu gehörenden Investitionen gefordert. Diskutiert wird auch ein mögliches Vetorecht bei der Unternehmenspolitik wie z.B. bei Reisezielen.
- **Belgien / Europäische Union** - wegen der Coronavirus-Pandemie wurden bis zum 1. Mai mehr als 550.000 EU-Bürger aus dem Ausland zurückgeholt, viele Europäer waren im Ausland gestrandet und konnten nicht nach Europa zurück, rund 50.000 sitzen aktuell noch fest. Rückholungen seien besonders schwierig, beispielsweise erteile Marokko bis heute kaum Landegenehmigungen, auf den Philippinen, in Kamerun und in Indien ist es sehr schwer zu den Flughäfen zu gelangen, es gelten nach wie vor sehr strenge Ausgangsbeschränkungen.
Die Anzahl der rückkehrwilligen Österreicher liegt aktuell unter 200. Mitte März hatten sich noch zumindest 47.000 Landsleute unfreiwillig in der Ferne befunden.

Austrian Airlines, Laudamotion und Level haben mit 39 Repatriierungsflügen über 7.500 Staatsbürger nach Österreich geflogen, weitere 1.100 konnten mit EU-Kooperationsflügen heimgeholt werden. Das Außenministerium versicherte, dass niemand im Stich gelassen werde.

Freitag, 1. Mai 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / Wizz Air** - die Wizz Air ist am Freitag erstmals während der Coronakrise wieder von Wien aus gestartet und nach Dortmund und Lissabon geflogen. Die Auslastung der Flugzeuge sei höher als angenommen gewesen, so die Airline. Sechs Check-in-Schalter waren geöffnet, zwischenzeitlich bildete sich auch eine Warteschlange. Die Airline hat die Hygienemaßnahmen verstärkt. Während die HEPA-Filter in den Flugzeugen 99,7% der Viren und Bakterien herausfiltern, seien Besatzung und Passagiere aufgefordert, während des gesamten Fluges Masken zu tragen, auch Desinfektionstücher werden ausgeteilt. Wenn es die Auslastung erlaube, werde die Besatzung den Sitzabstand der Passagiere beachten.

Der Flughafen Wien wies am Freitag einmal mehr darauf hin, dass es derzeit nur wenige Linienverbindungen gebe. Dieser erfolge unter Einhaltung der geltenden Einreise- und Gesundheitsvorschriften der Behörden, im Terminal bestehe Schutzmaskenpflicht.

Internationales:

- **Großbritannien / staatliche Hilfen** - Morgan Stanley wird im Auftrag der britischen Regierung die heimische Flugindustrie in der Coronakrise beraten, wobei Morgan Stanley ursprünglich der Regierung nur beim Umgang mit Virgin Atlantic zur Seite stehen sollte. John Holland-Kaye, Chef des Londoner Flughafens Heathrow warnte die Regierung davor zu riskieren, die Luftfahrt Großbritanniens zu zerstören, nachdem die Regierung keine Rettungspläne für die Fluglinien habe.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Der deutsche Staat will mit 25,1% bei der Lufthansa einsteigen. Von den verhandelten Hilfen von rund 10 Mrd. Euro sollen 5,5 Mrd. Euro in Form einer stillen Beteiligung fließen, der Bund verlangt dafür eine Garantiedividende von 9%. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll weitere 3,5 Mrd. Euro beisteuern, die Verhandlungen dauern an.

Nur mit Staatshilfe der staatlichen Hilfe von Deutschland, der Schweiz, Belgiens und Österreichs könne eine Insolvenz der Lufthansa vermieden werden, erklärte Lufthansavorstand Spohr. Durch Kostensenkungen und einem strikten Liquiditätsmanagement belaufen sich die verfügbaren Gelder noch auf rund 4 Mrd. Euro, diese werden aber in den nächsten Wochen rapide sinken. Kündigungen schloss Spohr nicht mehr aus, das Management wolle aber so viele Beschäftigte wie möglich halten.

Am Donnerstag bedankten sich Lufthansa sowie die Gewerkschaften Verdi und Piloten-Vereinigung Cockpit (VC) für die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung zur Unterstützung. Ziel sei der nachhaltige Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze, die Lufthansa-Piloten haben sich zu einem Gehaltsverzicht von bis zu 45% bereit erklärt, der Lufthansa-Konzern müsse sich auch zu seinen Mitarbeitern bekennen und die Arbeitsplätze erhalten.

- **Irland / Ryanair** - Der britisch-spanische Konkurrent der Lufthansa, die IAG, Mutterkonzern von British Airways, Iberia, Aer Lingus, Level und Vueling, hat den Abbau von 12.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Ryanair, Mutter der österreichischen Laudamotion, will 3.000 Mitarbeiter, vorwiegend Piloten und Flugbegleiter entlassen. O'Leary droht Laudamotion mit der Schließung, sollte die Belegschaft nicht zu Lohnkürzungen und neuen Arbeitsverträgen bereit sein. In diesem Fall werden die Laudamotion-Flugzeuge durch Ryanair-Flugzeuge ersetzt, die Frist für eine Einigung laufe am 20. Mai ab. Ryanair komme dann größer und angriffslustiger zurück als Laudamotion jemals war.

Für April, Mai und Juni sieht Ryanair, dass nur 1% der geplanten Flüge stattfinden werden, die Kundennachfrage werde sich erst im Sommer 2022 erholen. Die Fluglinie werde 2020 statt der geplanten 154 Mio. Passagiere voraussichtlich weniger als 100 Mio. Fluggäste befördern.

Ohne einen bald einsetzbaren Impfstoff könnte Ryanair gezwungen sein, weitere Stellen zu streichen. Die britische Gewerkschaft Unite forderte den Konzern zu einem Verzicht auf den Stellenabbau auf.

- **Großbritannien / staatlich Hilfen / British Airways / Virgin Atlantic / Flughafen Heathrow** - British Airways hatte die Streichung von 12.000 Jobs und damit mehr als einem Viertel der Stellen angekündigt. Virgin Atlantic bemühte sich bisher vergeblich um Staatshilfen. Der Bau einer dritten Startbahn für den Londoner Großflughafen Heathrow werde zumindest um zwei Jahre verschoben, gab die Betreibergesellschaft bekannt. Die britische Regierung hat ein Hilfsprogramm eigens für die Luftfahrtbranche bislang ausgeschlossen die Unternehmen profitieren von den Programmen zur Rettung der Arbeitsplätze und den Schutz vor Einkommensverlusten.
- **Irland / Ryanair / Laudamotion** - Ryanair droht die Laudamotion-Jets durch Ryanair-Maschinen zu ersetzen und den Standort Wien zu schließen, wenn die Belegschaft keine Lohnkürzungen und neue Arbeitsverträge akzeptiere. Ryanair werde so bis 20. Mai keine Einigung mit den Gewerkschaften gefunden werden kann, größer und angriffslustiger als Laudamotion jemals war zurückkommen.
- **Großbritannien / Flughafen London Heathrow** - der größte Flughafen Europas London Heathrow kann seinen Betrieb mindestens zwölf Monate auch ohne Passagieraufkommen aufrechterhalten, da liquide Mittel von 3,2 Mrd. Pfund (3,7 Mrd. Euro) vorhanden seien. Im April ist die Zahl der Fluggäste um 97% zurückgegangen, der Umsatz sank im 1. Quartal 2020 um knapp 13% auf 593 Mio. Pfund, das Ebitda um 22% auf 315 Mio. Pfund.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - die deutsche Regierung überlegt einen Direkteinstieg bei der Lufthansa. Das Gesamtvolumen der staatlichen Hilfen soll bei rund 10 Mrd. Euro liegen. 5,5 Mrd. Euro sollen in Form einer stillen Beteiligung des Bundes fließen, dafür verlangt die Regierung eine Garantiedividende von 9%. Ein geplanter Direkteinstieg des Staates mit 25,1% kostet ca. 1 Mrd. Euro, die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) trägt 3,5 Mrd. Euro bei, wofür die Regierung eine Bürgschaft übernehmen werde.
Stellen Österreich, Belgien und die Schweiz für Austrian Airlines, Brussels und Swiss staatliche Hilfe zur Verfügung, soll dies auf die Hilfen des deutschen Bundes angerechnet werden. Die genannten Länder fordern für ihre staatliche Hilfe ebenfalls Mitsprache- und Vetorechte.
- **Irland / Ryanair** - Die Fluglinie geht davon aus bis zu 3.000 Stellen abbauen zu müssen, ein Restrukturierungsprogramm soll im Juli beginnen. Neben Zwangsurlaub, Gehaltkürzungen bis zu 20% seien auch Standortschließungen in ganz Europa zu erwarten. Vom Stellenabbau werden vor allem die Piloten und das Kabinenpersonal, aber auch Mitarbeiter auf der Führungsebene betroffen sein. Die Airline geht davon aus, dass es zumindest 2 Jahre dauern werde, bis die Zahl der Passagiere und die Ticketpreise wieder das Niveau vor der Coronakrise erreichen werden. Der Flugbetrieb dürfte vor Juli nicht aufgenommen werden können. Derzeit finden ca. 1% der geplanten Flüge statt, im 2. Quartal rechnet der Konzern mit maximal der Hälfte der Flüge, zum Jahresstart dürfte der Nettoverlust über 100 Mio. Euro betragen, die Verluste werden im 2. Quartal 2020 mehr werden.
- **USA / United Airlines** - United Airlines verzeichnete im 1. Quartal 2020 einen Nettoverlust von 1,7 Mrd. Dollar (1,57 Mrd. Euro), nachdem die Airline im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 292 Mio. Dollar verdient hatte. Der Umsatz fiel auf 8,0 Mrd. Dollar (-17%). Derzeit verliert die Airline täglich zwischen 40 und 50 Mio. Dollar.

Donnerstag, 30. April 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / Kurzarbeit / Austro Control (ACG)** - die ACG hat sich mit den Gewerkschaften GPF und vda auf die Einführung eines Corona-Kurzarbeits-Modells ab Anfang Mai geeinigt. Auslöser sind die dramatischen Einbrüche im nationalen und internationalen Flugverkehr bedingt durch die Coronakrise.

Der Flugverkehr im österreichischen Luftraum ist um 90% zurückgegangen, waren es vor der Corona-Krise noch 3.000 Flugzeuge die über Österreich unterwegs waren, sind es derzeit nur rund 250 Flüge. Dadurch sind die Erlöse der ACG aus Flugsicherungsgebühren im März und April auf nur noch ca. 5% des geplanten Umsatzes eingebrochen.

Mit dem Kurzarbeitsmodell kann das Unternehmen stabilisiert werden und es ist gelungen, die Jobs abzusichern. Die ACG ist damit auch bereit den Flugsicherungsbetrieb in vollem Umfang wieder aufzunehmen, sobald dies erforderlich sein wird. Die ACG-Geschäftsführung bedankte sich bei den Gewerkschaften für die konstruktiven und respektvollen Verhandlungen und den positiven Abschluss. Die Gewerkschaft vida hob positiv hervor, dass es auch gelungen ist, in den kommenden Monaten die Lotsenausbildung weiter zu forcieren. Die Vereinbarungen gelten vorerst für 3 Monate, können aber bei Bedarf um 3 weitere Monate verlängert werden. Austro Control hat 1.100 Mitarbeiter/-innen.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Wirtschaftsprüfer beurteilen die wirtschaftlichen Perspektiven für die AUA. Die Prüfer stellten Fortschritte bei den Zukunftsplänen fest und haben der AUA bis zum 18. Mai Zeit gegeben, bei den Verhandlungen mit Gewerkschaften und Regierung konkrete Ergebnisse zu erzielen. Die bisherige Fortführungsprognose gilt weiter, es muss aber erhartet werden, die der Neustart nach der Coronakrise auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Die AUA verhandelt neben einer staatlichen Hilfe von 767 Mio. Euro ein Sparpaket und einen Personalabbau mit Betriebsrat und Mitarbeitern. Die Regierung fordert Standortgarantien, Verkehrsministerin Gewessler Klimaauflagen und der Betriebsrat ist noch nicht davon überzeugt, dass ein Personalabbau notwendig sein wird. Das Thema Neustart wird in der kommenden Aufsichtsratssitzung der AUA am 6. Mai auf der Tagesordnung stehen.

Finanzministerium - Das gestrige Gespräch zur AUA-Rettung sieht Finanzminister Blümel (ÖVP) positiv. Der Minister geht davon aus, dass Österreich das Flugdrehkreuz in Wien braucht, für die staatlichen Hilfen müsse es aber Zusicherungen und Garantien für den Standort geben. Wie eine Lösung aussehen könnte, sagte der Minister nicht und schloss auch keine Art von Lösung aus.

Wirtschaftskammer Wien - für die Wiener Wirtschaftskammer ist der Erhalt der AUA als Home Carrier unumgänglich. Präsident Ruck geht von enormen volkswirtschaftlichen Folgen für Österreich und insbesondere die Bundeshauptstadt aus, wenn der AUA nicht geholfen wird. Es müssen staatliches Hilfgeld fließen, das aber nur dann, wenn Kurz- und Langstrecke erhalten bleiben.

Laut Wirtschaftskammer trägt die AUA ca. 2,7 Mrd. Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei, 964 Mio. Euro liefert die Airline an Steuern ab. Der Beschäftigungseffekt der AUA wird mit rund 17.650 Vollzeitäquivalenten angegeben, die Höhe der Gehälter mit 976 Mio. Euro. Die Fluglinie trägt rund 2,7 Mrd. Euro zum BIP bei, 964 Mio. Euro fließen an Steuern an den Staat. Des Weiteren stehe die AUA für 17.652 Vollzeitäquivalente und Gehälter in der Höhe von 976 Mio. Euro. Urlaubs- und Kongresstouristen, die mit der AUA nach Wien kommen, tragen rund 856 Mio. Euro zum Wiener Bruttoregionalprodukt bei, 9.000 Jobs mit einem Einkommen von rund 380 Mio. Euro werden dadurch generiert. Der Kammerpräsident sprach sich dafür aus, dass nur dann staatliche Hilfgelder bereitgestellt werden sollen, wenn die Lufthansa den Fortbestand der AUA-Langstreckenverbindungen von und nach Wien garantiert. Zur Frage einer Staatsbeteiligung legte sich Ruck nicht fest.

Standortanwalt - Standortanwalt Biach sieht ebenfalls keine Alternative zu einem starken Home-Carrier, der nicht nur für die Verkehrsbranche, sondern auch für Tourismus, Kultur und Handel sehr wichtig sei.

Flughafen Wien AG - Für Flughafen-Vorstand Günther Ofner hängt die Standortqualität Österreichs und Wiens eng mit der Drehkreuzfunktion des Flughafens Wien zusammen und dafür müsse die AUA Kurz- und Langstrecke bedienen, 55% der AUA-Fluggäste seien Transitpassagiere. Es sei verantwortungsvoll, wenn die Regierung für staatliche Hilfgelder Forderungen stelle. Vor unrealistische Forderungen müsse man warnen, weil z.B. bei starken Restriktionen für die Kurz- und Inlandsflüge das Gesamtsystem gefährdet sei. Die Zahl der Inlandsflüge sei in den letzten zehn Jahren ohnedies stark gesunken, 80% der innerösterreichischen Fluggäste seien Umsteiger.

Ofner hofft auf baldige gemeinsame Spielregeln für den Flugverkehr auf europäischer Ebene, geht aber davon aus, dass erst wenn Medikamente und Impfungen gegen den Coronavirus verfügbar sind, der Flugverkehr zur Normalität zurückkehren können und das könne, was dann aber auch recht rasch gehen könnte.

Arbeiterkammer (AK) - Chefökonom Marterbauer von der Arbeiterkammer ist für eine staatliche Hilfe für die AUA, die Republik solle sich in diesem Fall an der AUA beteiligen. Man müsse die Unternehmenspolitik beeinflussen und die AUA in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht entsprechend auszurichten.

- Niederösterreich / NÖ-Landwirtschaftskammer / Biokerosin** - der Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreichs Schmuckenschlager weist die Kritik der NGOs zurück. Holz müsse einer Nutzung zugeführt werden, weil Holz das im Wald verkomme, das gespeicherte CO₂ emittiere. Aktiv bewirtschafteter Wald sei eine zentrale Säule des Klimaschutzes. Der Ersatz von fossilen Energieträgern könne mittelfristig die CO₂-Emissionen um bis zu 80% reduzieren. Politische Entscheidungen können Angebot und Rahmenbedingungen schaffen, um biogene Treibstoffe für den Flugbetrieb in Zukunft attraktiv zu machen. Auf Biokerosin zu setzen könne nicht nur eine klimapolitische, sondern auch eine volkswirtschaftliche Richtungsentscheidung sein, um die AUA am Standort Österreich zu halten.

Power-2-Liquid sei eine Zukunftstechnologie, die die Herstellung von synthetischem Kerosin auf billigem, erneuerbarem Überschuss-Strom, Wasser und Kohlendioxid ermöglicht. Die Rettung der AUA sei gut und wichtig, müsse aber der österreichischen Wirtschaft helfen und zusätzliche Wertschöpfung in Österreich generieren.
- Flugverkehr Österreich / Statistik Austria** - Die heimischen Flughäfen haben im vergangenen Jahr noch ein kräftiges Passagierplus verzeichnet, nun steht der Flugverkehr aufgrund der Coronavirus-Pandemie aber seit eineinhalb Monaten nahezu still. Im Jahr 2019 hat es ein kräftiges Plus (+14%, 36,2 Mio. Passagiere) beim Passagieraufkommen auf den sechs österreichischen Flughäfen gegeben, im Linien- und Charterverkehr wurden an den österreichischen Flughäfen knapp 320.000 Flugbewegungen registriert (+8% gegenüber dem Jahr 2018). Hauptverantwortlich dafür war der Flughafen Wien mit einer Steigerung um +17,1% auf 31,7 Mio. Passagiere, auch die Flughäfen Innsbruck (+2,3%) und Graz +0,6%) zählten mehr Passagiere. Am Flughafen Salzburg ging die Zahl der Passagiere – bedingt durch die sanierungsbedingte teilweise Sperre der Piste um -6,9% zurück, auch Linz (-6,1%) und Klagenfurt (-8,3%) verzeichneten Rückgänge. Nahezu unverändert lag das Luftfrachtaufkommen aller österreichischen Flughäfen 2019 bei rund 247.200 Tonnen.
- Flughafen Wien / Finanzbericht** - Der Flughafen Wien AG wird den Jahresfinanzbericht 2019 am 28. Mai statt Ende April veröffentlichen. Der Bericht muss wegen der Aussetzung der Dividende für 2019 angepasst werden. Dies erfordert einen erhöhten Aufwand bei der Berichtserstellung, da durch die Coronakrise wichtige Mitarbeiter im Home Office kurz arbeiten.
- Flugpreisrückerstattung / Konsumentenschutz** - die Beschwerden darüber, dass abgesagte Flüge nur umgebucht werden können bzw. die Airlines Gutscheine anbieten, häufen sich bei der Arbeiterkammer. Die Rechtslage sieht vor, dass bei Absagen von Flügen, egal aus welchen Gründen, der gesamte Ticketpreis erstattet werden muss. Die Vorgangsweise der Airlines sei in der Coronakrise nachvollziehbar, im Fall von Konkursen von Airlines seien die Gutscheine aber wertlos, die Fluggäste würden ihr Geld verlieren.

Der Konsumentenschutz der Arbeiterkammer in Oberösterreich wird ab sofort alle berechtigten Rückforderungen gegenüber Fluglinien für die Betroffenen durchsetzen und fordert für Konsumenten / -innen, die Gutscheine oder Umbuchungen akzeptieren die Übernahme eines Ausfallrisikos durch den Staat.
- Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - wegen der von der AUA beantragten staatlichen Hilfe in der Höhe von 767 Mio. Euro trafen sich gestern der Lufthansa-Vorstand und die österreichische Regierungsspitze. Konkrete und verbindliche Zusagen der AUA im Hinblick auf Standort- und Arbeitsplatzgarantien, Hubfunktion und Langstrecke sowie für Maßnahmen zum Klimaschutz fehlen bislang völlig.

Die von der AUA benötigte Hilfe entspricht ca. 5% des mit 15 Mrd. Euro gefüllten Fonds für Unternehmen zur Bewältigung der Coronakrise COFAG. Der Vorstand der Lufthansa stemmt sich in Deutschland und auch in Österreich gegen eine Beteiligung und überlegt Insolvenz-Szenarien. Die AUA wird derzeit von Finanzexperten genau geprüft, hatte die Fluglinie doch schon vor der Coronakrise ein Sparpaket bis Ende 2021 angekündigt, das das Aus für die Bundesländerstützpunkte und den Abbau von rund 10% der Belegschaft beinhaltete.

BMK - Verkehrs- und Umweltministerin Gewessler besteht unverändert darauf, die Rettung der AUA mit Klimaauflagen zu verknüpfen, Steuerzahler und das Klima müssten gleichermaßen profitieren. Es gehe um eine staatliche Hilfe von hunderten Millionen Euro und diese müsse an Bedingungen wie sichere Arbeitsplätze, Standortförderung und Umweltfragen geknüpft werden. Man müsse Bahn auf kürzeren Strecken und Flug auf langen Strecken besser verbinden, überall wo das möglich sei, müsse man auf die umweltfreundliche Bahn ausweichen formulierte die Ministerin als verkehrspolitische Zielsetzung. Auch die Ticketsteuer sei ein wichtiger Teil dieser Politik.

FPÖ die FPÖ sieht sich nach dem Gipfelgespräch zwischen Regierungsspitzen und Lufthansa-Vorstand in ihren Positionen bestätigt, dass es staatliche Hilfe nur gegen eine staatliche Beteiligung, verbindliche Zusage zum Erhalt der Arbeitsplätze sowie für die Sicherung des Flughafens Wien als Langstreckenhub geben dürfe. Vor „ideologischen“ Auflagen von den Grünen warnt die FPÖ, würden für die staatlichen Hilfen überbordende Auflagen gemacht werden, die andere Fluglinien dann nicht hätten, wäre die Wettbewerbsfähigkeit der AUA dahin. Man dürfe nicht vergessen, dass die Luftfahrtbranche sich bereits verpflichtet hat, nur noch CO₂-neutral zu wachsen, eine Flottenerneuerung bei der AUA hätte erhebliche positive ökologische Effekte.

Internationales:

- **USA / American Airlines** - American Airlines gab für das 1. Quartal 2020 Verluste in der Höhe von 3,3 Mrd. Dollar (2,0 Mrd. Euro) bekannt, nachdem es im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch einen Gewinn von 185 Dollar gegeben hatte. Die Fluglinie erhält aus dem großen Rettungspaket der US-Regierung 5,8 Mrd. Dollar, derzeit verliert die Airline rund 70 Mio. Dollar und hat weiteren Mittelbedarf.
- **Deutschland / Lufthansa** - Lufthansa-Management und Gewerkschaften arbeiten eng zur Rettung des Unternehmens zusammen. Die Piloten der Lufthansa sind bereit, bis Mitte 2022 auf bis zu 45% ihrer Gehälter zu verzichten, erklärte die Vereinigung Cockpit (VC). Auch das Kurzarbeitergeld könne zusätzlich abgesenkt werden, insgesamt könnte die Zugeständnisse die Lufthansa um rund 350 Mio. Euro entlasten. Wichtig sei, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben und ein Kündigungsschutz vereinbart wird.
Lufthansa und zwei ihrer Gewerkschaften appellieren an die deutsche Regierung die Wettbewerbs- und Investitionsfähigkeit des Unternehmens und damit auch möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. In einem Schreiben dankten Lufthansa und Gewerkschaften der Regierung für die Bereitschaft ein Finanzierungskonzept zu entwickeln. Nicht unterschrieben hat das Papier die Kabinengewerkschaft UFO, die aber bereit ist, die Konflikte der Vergangenheit beiseite zu schieben und die Bedingungen wieder gemeinsam zu gestalten. Es müsse Zugeständnisse der Arbeitnehmer für eine Zusage der Arbeitsplatzsicherung geben, die Einbußen dürfen nur temporärer Natur sein. Hintergrund der Debatte ist das Sträuben des Lufthansavorstandes gegen einen direkten staatlichen Einfluss. Die Regierung soll für die Staatshilfen u.a. eine Sperrminorität und zwei Sitze im Aufsichtsrat verlangt haben, die Lufthansa prüft eine Insolvenz in Eigenverwaltung nach Vorbild der Condor.
- **Schweiz / staatliche Hilfen / Swiss** - Bern/Basel (APA/awp/sda) - Die Schweiz bürgt zu 85% für den 1,5 Mrd.-Franken-Bankkredit der Swiss als Garantie dient das gesamte Aktienkapital der Fluglinie. Der Bundesrat hat bekannt gegeben, dass auch flugverkehrsnahe Unternehmen staatliche Hilfe erhalten sollen und hat dafür beim Parlament 1,9 Mrd.-Franken-Verpflichtungskredite beantragt. Die Gelder können erst fließen, wenn sich das Parlament geäußert hat.

- **Deutschland / Flugbetrieb** - Die Passagierzahlen sind am Flughafen München um 99% eingebrochen. Trotzdem erwartet der Flughafen München langfristig eine Rückkehr zu einem Luftverkehrsniveau wie vor der Coronakrise. Es könnte zwar mehr Videokonferenzen geben, der Wunsch nach Reisen wird aber auch nach der Coronakrise ungebrochen sein.

Die gute Finanzkraft, Sparmaßnahmen und ein Investitionsstopp sollte für den Flughafen München ausreichen, die Krise zu überstehen. Notwendig wird sein, eine europäische Lösung für das Hochfahren des Flugverkehrs zu finden, es wäre eine Katastrophe, wenn jedes Land eigene Regularien festlegen würde.

Mittwoch, 29. April 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Bundeskanzler Kurz (ÖVP) stellt nach dem Gipfelspräch klar, dass eine Beteiligung Österreichs an der Lufthansa im Fall von staatlichen Hilfen für die AUA nicht vom Tisch sei. Es gehe um die Standortsicherung, um die Arbeitsplätze bei der AUA und um die weitere Entwicklung der Airline im Gegenzug zu einer staatlichen Hilfe. Bei einem guten Angebot der Lufthansa werde es Wege geben zu kooperieren, sollte dies nicht der Fall sein, werde man sich auf „*unterschiedliche Szenarien*“ vorbereiten. Es wurden keine Gesprächsdetails bekannt gegeben, Österreich möchte für die staatliche Hilfe auch Zugeständnisse der Lufthansa für den Ausbau des Flugdrehkreuzes und zur Stärkung des Standortes Wien.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - die Regierung hält sich vor dem ersten Gesprächstermin mit dem Lufthansa-Vorstand bedeckt, was die Forderungen für eine staatliche Hilfe für die AUA angeht. „*Koste es was es wolle*“ gelte für den Standort, nicht aber für ein einzelnes Unternehmen. Ein deutsches Unternehmen könne nur unterstützt werden, wenn auch ein Vorteil für die Republik lukriert werden können, die Interessen der Republik lägen bei den Arbeitsplätzen und dem Standort.

Aus dem Corona-Hilfsfonds hat die AUA am Dienstagabend 767 Mio. Euro an staatlicher Hilfe beantragt, ein Großteil davon als rückzahlbaren Kredit. Überlegung gehen lt. Medienberichten auch in Richtung einer direkten Beteiligung an der Lufthansa, um dadurch die AUA mit Eigenkapital zu versorgen, der Antrag sei lt. COFAG allerdings noch nicht genehmigungsfähig. Von Wirtschaftsprüfern werde eine Fortbestehensprognose für die AUA erstellt, fällt diese negativ aus, seien die bereits durchgespielten Insolvenzscenarien zu konkretisieren.

Damit die AUA zu frischem Eigenkapital kommt, könnte sich die Republik Österreich unbestätigten Berichten zur Folge mit 267 Mio. Euro an der Lufthansa beteiligen. Dies entspräche lt. aktuellem Börsenwert einer knapp 7%igen Beteiligung, Kreditgarantien von 410 Mio. Euro und ein nicht-rückzahlbarer Zuschuss für die Fixkosten bei geschlossenem Unternehmen, gedeckelt auf 90 Mio. Euro wären lt. Meldung einer Tageszeitung weitere Bestandteile der staatlichen Hilfe.

Die erste Gesprächsrunde ist hochkarätig besetzt, nehmen Kanzler Kurz (ÖVP), Vizekanzler Kogler (Grüne) und Finanzminister Blümel (ÖVP) nehmen auch Klimaministerin Gewessler (Grüne) und Staatssekretär Brunner (ÖVP) teil, auf Lufthansaseite verhandeln Lufthansa-Chef Spohr und AUA-Chef von Hoensbroech. Es gehe darum, den Rahmen abzustecken, die Zukunft der AUA hänge ja auch maßgeblich davon ab, was in Deutschland mit der Lufthansa passiere. Nach dem Spitzentreffen sollen in der Folge Experten und Vertreter der Staatsholding ÖBAG die Details aushandeln.

Der Lufthansa-Konzern ist mittlerweile an der Börse weniger als 3,9 Mrd. Euro wert und braucht zum Überleben ca. 10 Mrd. Euro.

Bundeskanzler Kurz (ÖVP) deutete in einer Pressekonferenz drei Schwerpunkte eines künftigen Programms zur Ankurbelung der Wirtschaft an: (1) - rasche Steuerentlastungen für arbeitende Menschen, (2) - Steuerentlastungen für die Wirtschaft sowie (3) - Investitionen in den Klimaschutz, die Digitalisierung und die Regionalisierung.

IHS / WIFO - die Chefs des IHS und des Wifo begrüßen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, dass es langfristig in Österreich höhere Wachstumsraten gibt. Das Überleben der AUA sei eine politische Entscheidung, ohne staatliche Hilfe werde es für die AUA schwer sein, wieder auf den Stand vor der Coronakrise zu kommen.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfe / AUA / Greenpeace** - der Vorschlag der Landwirtschaftskammer, Kerosin aus Holz zu produzieren, wird von Greenpeace ebenso kategorisch abgelehnt, wie jede Art von Agrotreibstoffen auf Basis von land- oder forstwirtschaftlichen Rohstoffen. Die Umweltschutzorganisation fordert staatliche Hilfen für die AUA an ein Aus für Kurzstrecken, eine Erhöhung der Ticketabgabe sowie die Einführung von Steuern auf Kerosin zu binden. Darüber hinaus sei ein Forschungspaket für die Entwicklung von Kerosin aus erneuerbarem Strom ("*Power-to-Liquid*") zu fördern. Ein Potential sieht Greenpeace bei synthetischem Kerosin, das aus erneuerbarem Strom, Wasser und Kohlendioxid hergestellt werden könnte.
- **Flughafen Wien / Flugbetrieb** - Austrian Airlines wird den Flugbetrieb hebt frühestens im Juni wieder aufnehmen. Die AUA wird Leerflüge, die Mitbewerber durchführen, auf jeden Fall vermeiden. Die AUA wird dann wieder fliegen, wenn es den Bedarf gibt bzw. die Reiserestriktionen so weit zurückgenommen werden, dass es Sinn macht. Eine Normalisierung des Flugverkehrsgeschäftes sieht die AUA derzeit frühestens 2023.
Wizz Air - AUA-Konkurrent Wizz Air will dagegen ab 1. Mai wieder Flüge von und nach Wien anbieten, hat aber bedingt durch die Reiserestriktionen und Landverbote zwischenzeitlich den Großteil der geplanten Flüge wieder verschoben, da nach wie vor keine Nachfrage in Sicht sei.
- **Flughafen Wien / Airlines / VKI** - die Beschwerden nehmen zu, dass der Preis stornierter Flugtickets nicht rückerstattet werde, sondern Ersatzleistungen in Form von Gutscheinen und Umbuchungen angeboten werden. Der Verein für Konsumenteninformation startet deshalb eine Hilfsaktion, um den Kunden bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu helfen. Die Rechtslage sei klar, findet ein Flug nicht statt, ist lt. EU-Recht ein Anspruch auf Rückerstattung des vollen Ticketpreises binnen 7 Tagen gegeben, natürlich können Gutscheine und Umbuchungen auf freiwilliger Basis akzeptiert werden.
- **Österreich / Treibstoffe aus Biomasse** - der Präsident der Landwirtschaftskammer sieht in der Beimischung oder Substitution mit biogenen Treibstoffen eine wirksame Maßnahme zur Emissionsreduktion. Österreich müsse seine Vorreiterrolle bei der Gewinnung von Treibstoffen aus Biomasse ausbauen, mit der Errichtung von Fischer-Tropsch-Anlagen die Konjunktur und die Wirtschaft ankurbeln und den Holzmarkt entlasten. 770.000 t Kerosin habe die AUA 2018 benötigt (entspricht 2,4 Mio. t CO₂). Biokerosin könne helfen mittelfristig eine erhebliche Menge an CO₂ einzusparen.

Internationales:

- **Deutschland / Flughäfen** - Der Berliner Flughafen Tegel soll ab spätestens Juni für zwei Monate vorübergehend geschlossen werden. Die Gesellschafterversammlung habe sich in dieser Frage vertagt und werde in zwei Wochen erneut darüber beraten. Rund 200.000 Euro könnten so täglich eingespart werden, so lange kein Flugverkehr vorhanden ist, die Frage, ob der Flughafen Tegel dann überhaupt noch einmal geöffnet wird, bleibt offen.
- **Belgien / Rückerstattungen / EU-Kommission** - die EU-Kommission wurde von 12 EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, vorübergehend die Ausgabe von Gutscheinen statt Rückerstattungen für ausgefallene Flüge zu erlauben. Die Gutscheine sollen eine gewisse Gültigkeitsdauer haben, danach müssten die Fluggäste ein Recht auf Rückerstattung bekommen. Die Forderung zum Schutz der angeschlagenen Airlines wurde von Deutschland und Österreich nicht unterzeichnet.
- **Schweiz / staatliche Hilfe / Swiss / Edelweiss** - Die Swiss und die Fluggesellschaft Edelweiss sollen von der Schweiz bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen unterstützt werden. Die Schweiz wird dazu 1,8 Mrd. Euro aufwenden, da es sich bei der Luftfahrtwirtschaft um eine kritische Infrastruktur handle, die Auflagen aber an strenge Auflagen knüpfen. Kein Geld dürfe an Muttergesellschaften im Ausland fließen, Dividenden, konzerninterne Rückführungen und Transfers seien verboten, bis die Darlehen vollständig getilgt sind.
- **Deutschland / Maskenpflicht im Flugverkehr** - alle Passagiere der Lufthansa werden an Bord einen Mund-Nasen-Schutz tragen müssen, empfohlen wird, die Masken während der gesamten Reise zu tragen.

Die Maskenpflicht soll ab 4. Mai starten und zunächst bis 31. August 2020 für alle Airlines des Konzerns gelten. Damit fällt das Freihalten der Mittelsitze in den Dreierreihen, bei geringer Auslastung werde man die Passagiere so weit wie möglich auseinandersetzen.

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - Insider erwarten eine Einigung in den Lufthansa-Verhandlungen mit der Regierung über staatliche Hilfen erst in den nächsten ein bis zwei Wochen. Ministerien hätten mehrere Optionen für staatliche Hilfen angeboten, Details seien aber noch zu verhandeln und mit der EU-Kommission abzustimmen. Die Höhe der Hilfestellungen könnte bei rund 9 Mrd. Euro liegen, eventuell könne es auch eine Zwischenlösung in Form einer Brückenfinanzierung geben, wobei dieses Darlehen später auch in Aktien bzw. eine stille Beteiligung umgewandelt werden könne. Konzernchef Spohr hat sich gegen eine zu große staatliche Einflussmöglichkeit ausgesprochen

Dienstag, 28. April 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - die AUA hat heute Abend einen offiziellen Antrag auf staatliche Beihilfe an die ÖKB und COFAG gestellt. Größtenteils gehe es um rückzahlbare Krediten, der andere Teil seien noch zu verhandelnde Zuschüsse. Die Corona-Finanzierungsagentur COFAG werde die staatlichen Hilfen abwickeln, die über die Hausbank beantragten Kredite werden von einem Konsortium kommen, an dem u.a. auch die Erste Bank und die Raiffeisen beteiligt sein sollen. Vizekanzler Kogler (Grüne) geht davon aus, dass es für die Staatshilfen insbesondere Vereinbarungen mit der Lufthansa brauche, die auch ökologische Auflagen enthalten werde. Es gehe insgesamt um Standortgarantien und soziale Garantien.
Die Lufthansa möchte so wenig wie möglich staatlichen Einfluss und arbeitet deshalb für die AUA und für die Lufthansa selbst an Insolvenzscenarien. Ein „Schutzschirmverfahren“ (Insolvenz in Eigenverwaltung) wird als Alternative für den Fall geprüft, dass die staatlichen Hilfen an Bedingungen geknüpft werden, die eine Wettbewerbsfähigkeit der Lufthansa zu Nichte machen. Das Rettungspaket für den Lufthansa-Konzern könnte rund 10 Mrd. Euro umfassen, Österreich fordert von der Lufthansa insbesondere eine Garantie für die Erhaltung der Langstrecke und des Luftdrehkreuzes in Wien.
Lufthansa berichtete vergangene Woche einen operativen Quartalsverlust von 1,2 Mrd. und hielt fest, dass man sich aus eigener Kraft nicht werde retten können. Die Konkurrenz werde ebenfalls von ihren Staaten unterstützt, Air France-KLM z.B. mit bis zu 11 Mrd. Euro und Easyjet mit 688 Mio. Euro. Der Luftfahrtkonzern IAG, zu dem neben British Airway auch die Iberia gehört lehnt staatliche Hilfen ebenso ab, wie die Wizz Air und die Laudamotion-Mutter Ryanair.
- **Oberösterreich / Regionalflughäfen** - Die Forderung des OÖ.Wirtschaftsressorts, Regionalflughäfen zu stärken, sorgt im Klimaressort des Landes für Verwunderung. Es kann wohl kaum das Ziel sein, mit staatlichen Mitteln die klimaschädlichste Form der Mobilität zu unterstützen. Kurzstreckenflüge seien durch internationale Zugverbindungen zu nahegelegenen Hauptstädten Europas zu ersetzen, Flugzeuge seien das Verkehrsmittel für die Langstrecke. Staatliche Hilfen müssten an ökologische Kriterien geknüpft werden, die steuerlichen Vorteile für Fluggesellschaften würden einen Wettbewerb unmöglich machen. Der OÖ Klimaschutzlandesrat Kaineder (Grüne) fordert, dass alle wirtschaftlichen Anstrengungen beim Wiederaufbau Österreichs nach der Coronakrise unter den Aspekt des Klimaschutzes zu stellen seien.
- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / Wizz Air** - Wizz Air wird von den 16 geplanten Zielflughäfen am ersten Mai-Wochenende nur noch vier Städte - Thessaloniki, Dortmund, Lissabon und Eindhoven - anfliegen. Vorerst soll von den 20 Zielen nur Dortmund übrigbleiben, weitere Streichungen seien aber nicht ausgeschlossen. Ursprünglich wollte Wizz Air am 1. Mai sieben Destinationen anfliegen: Dortmund, Thessaloniki, Rom, Mailand, Lissabon, Oslo, Eindhoven. Am Samstag hätten weitere sechs Destinationen - Athen, Köln, Reykjavik, Teneriffa, Tel Aviv und Varna – dazukommen sollen. Drei weitere Ziele - Larnaka, Valencia und Warschau - wären ab dem 3. Mai im Programm gestanden, Kiew und Charkiw ab 12. Mai, Ohrid ab 18. Mai und Kutaissi ab 23. Mai.

Wizz Air hat bisher wegen der Coronakrise ca. 1.000 seiner rund 7.000 Mitarbeiter abgebaut, wie viele davon in Österreich, ist nicht bekannt.

- **Flughafen Wien / AUA** - zwei Langstreckenjets vom Typ Boeing B777 werden von der AUA umgebaut, um sie besser für Cargotransporte einsetzen zu können. Durch das Herausnehmen von Sitzen werde das Frachtvolumen um ein Drittel von rund 210 Kubikmetern auf bis zu 280 Kubikmeter vergrößert. Springt die Nachfrage nach Reisen entsprechend an, können die beiden Flugzeuge wieder zu Passagiermaschinen umgerüstet werden, derzeit seien nach 50 bereits absolvierten Frachtflügen 45 weitere Flüge geplant.
- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / VCÖ** - der Verkehrsclub Österreich kritisiert den hohen Anteil an Kurzstreckenflügen in Wien. Nur bei 65% der Passagiere sei 2018 der Zielflughafen weiter weg als 800 km gewesen. Dementsprechend sieht der VCÖ ein hohes Potenzial die Kurzstreckenflüge auf die Bahn zu verlagern und nennt als Beispiele Stuttgart und Berlin. Dienstreisen können auch durch Videokonferenzen ersetzt werden. Die AUA dürfe nur staatliche Hilfe bekommen, wenn ökologische und soziale Kriterien wie z.B. eine deutliche Reduktion der Kurzstreckenflüge vereinbart werden, die geplante Ticketabgabe von 12 Euro sei nicht ausreichend.

Internationales:

- **Schweiz / staatliche Hilfen** - Die Schweiz gewährt den hart getroffenen Unternehmen der Luftfahrtbranche Kreditgarantien in Milliardenhöhe. Von den knapp 1,8 Mrd. Euro Hilfskrediten sind 1,28 Mrd. Franken für die Swiss und die ebenfalls zur Lufthansa gehörende Charterflug-Gesellschaft Edelweiss vorgesehen. Begründet wird die Hilfe damit, dass die Luftverkehrsbranche zur kritischen Infrastruktur gehöre und ein Nichthandeln substanziellen volkswirtschaftlichen Einbußen für die Schweiz zur Folge hätte. Die Regierung hat strenge Auflagen vereinbart, kein Geld darf ins Ausland abfließen, Dividenden, Rückführungen und Transfers zur Konzernmutter Lufthansa seien so lange nicht erlaubt, solange die Darlehen nicht vollständig getilgt seien. Standortgarantien für die Arbeitsplätze und die internationale Anbindung der Schweiz wurden ebenso vereinbart, wie die Einhaltung der Schweizer Klimaziele. Eine Zustimmung des Schweizer Parlaments sei noch ausständig, die Abstimmung solle am 4. oder 5. Mai erfolgen.
- Damit die Flughäfen ihren Betrieb aufrecht erhalten können, stellt die Schweizer Regierung weitere 600 Mio. Franken bereit, kein Geld gibt es für das Bodenabfertigungsunternehmen Swissport, die Cateringfirma Gategroup sowie das Wartungsunternehmen SR Technics, die Unternehmensstrukturen von Swissport und Gategroup lassen z.B. eine finanzielle Unterstützung nach den festgelegten Bedingungen noch nicht zu, bei SR Technics könnten die erforderlichen Sicherheiten aufgebracht werden.
- **USA / Reisebeschränkungen** - verpflichtende Corona-Tests für aus dem Ausland anreisende Flugpassagiere könnten bald in den USA Realität werden. Die Tests könnten im Flugzeug selbst vorgenommen werden. Als Länder die von dieser Maßnahme betroffen sein könnte nannte der US-Präsident Brasilien und auch Südamerika allgemein. Wie lange die Einreiseverbote für Passagiere aus China und Europa aufrecht bleiben ist unklar.
 - **Türkei / Turkish Airlines** - Turkish Airlines lässt ihre Flugzeuge nun bis zum 28. Mai am Boden. Ursprünglich sollten internationale Flüge am 20. Mai wieder aufgenommen werden, Inlandsflüge am 1. Mai, nachdem in der zweiten Märzhälfte die Türkei den Flugverkehr offiziell eingestellt hatte.
 - **Deutschland / Flughafen Berlin-Brandenburg (BER)** - der Bau des deutschen Hauptstadtflughafens BER in Schönefeld könnte nun doch abgeschlossen werden, die zuständige Baubehörde hat das Hauptterminal zur Nutzung freigeben. Die Eröffnung ist mit neuen Jahren Verspätung nun aktuell für den 31. Oktober. Hauptproblem sei der Bandschutz gewesen, notwendig sei nun nur noch die Genehmigung der Luftfahrtbehörde. Die Kosten des Hauptstadtflughafens haben sich seit dem Spatenstich im Jahr 2006 verdreifacht.

Im Juni und Juli werden Freiwillige die Abläufe im Terminal testen, geflogen wird ab dem 31. Oktober, am 8. November soll der Innenstadthafen Tegel schließen, was aber wegen der Coronakrise auch früher sein könnte.

Nachdem im vergangenen Jahr in Berlin noch rund 35,6 Mio. Fluggäste gezählt wurden, flogen an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld zuletzt nur ca. 1.000 Passagiere pro Tag.

- **Spanien / Großbritannien** - British Airways beabsichtigt die Streichung von bis zu 12.000 Jobs. Die IAG-Gruppe als Mutterkonzern geht davon aus, dass es mehrere Jahre dauern könnte, bis sich der Flugverkehr wieder normalisiere. Auch die Fluggesellschaften Iberia, Vueling, Air Lingus und Level gehören zur IAG-Gruppe, die im 1. Quartal 2020 einen Verlust von 535 Mio. Euro eingefahren hat und für das 2. Quartal von noch bedeutend höheren Verlusten ausgeht. Ende März verfügte der IAG-Konzern über Finanzmittel von 9,5 Mrd. Euro, davon 6,95 Mrd. Euro als Barmittel.
- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - die Lufthansaführung denkt laut über eine mögliche Insolvenz nach, die in Eigenverwaltung abgewickelt werden könnte. Zu den staatlichen Hilfen gibt es noch keine Einigung, für eine Hilfe von rund 9 Mrd. Euro ist die Regierung als Anteilseigner mit einer Sperrminorität und zwei Aufsichtsratsmandaten im Gespräch. Lufthansa-Chef Spohr warnte vor einem zu großen Staatseinfluss. Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz könnten den Deal mit Lufthansa-Chef Spohr bei einem heutigen Treffen besiegeln, mit den Gesprächen vertraute Personen gehen aber davon aus, dass die Entscheidung vorerst noch nicht fallen werde.
- **Belgien / Flugverkehr** - in einer informellen Videokonferenz werden die Verkehrsminister der EU-Länder die Auswirkungen der Coronakrise auf den Verkehrssektor diskutieren. Die Lockerung der geltenden Coronamaßnahmen werde alle Bereiche des Verkehrssektors betreffen, vom Flugverkehr bis zum Bahnverkehr.
Für Klimaschutzministerin Gewessler seien unter anderem die Aufhebung der aktuellen Ausnahmen im Lkw-Verkehr in Hinblick auf den Schutz der Arbeitnehmer sowie der Umwelt sowie die Frage von Passagierrechten, vor allem im Flugverkehr relevant.
- **Schweden / SAS** - Die skandinavische Fluggesellschaft SAS plant mit dem Abbau von bis zu 5.000 Stellen fast eine Halbierung der Jobs. Betroffen könnten demnach rund 1.900 Vollzeitbeschäftigte in Schweden, 1.700 in Dänemark und 1.300 in Norwegen sein. SAS geht davon aus, dass es einige Jahre dauern werde, bis die Flugverkehrsnachfrage das Niveau vor der Coronakrise wieder erreichen werde. Das Unternehmen hatte bisher rund 10.000 Angestellte (ca. 90% der Belegschaft) vorübergehend beurlaubt.

Montag, 27. April 2020

Österreich:

- **Flughafen Wien / Laudamotion** - Laudamotion verlangt einen neuen Kollektivvertrag. Die Pilotengehälter und der erfahreneren Flugbegleiter sollen um 10% oder mehr sinken, wobei die Laudamotion-Führung erneut mit dem Aus für die Airbus-Basis in Wien und mit der Kündigung der 560 Mitarbeiter drohte. Ein neuer Vertragsentwurf sei der Wirtschaftskammer und der Gewerkschaft vda bereits übermittelt worden. Komme der Kollektivvertrag, der bis 2023 gelten sollte, nicht bis 21. Mai zu Stande, werde man die Kurzarbeit per 31. Mai beenden, der Kündigungsschutz würde dann ein Monat später wegfallen.
Ryanair würde Wien nicht verlassen, sondern die Strecken von Laudamotion mit Wetlease-Flugzeugen von Buzz, Malta Air und Ryanair fliegen und die Airbusflotte von Wien auf andere Basen verlegen. Derzeit werden in Wien 12 Airbus A320 von Laudamotion und drei Boeing 737-800 von Ryanair betrieben, die Laudamotion-Basen in Palma de Mallorca, Stuttgart und Düsseldorf wären von den Maßnahmen in Wien nicht betroffen.
Eine Wiederaufnahme des Flugbetriebs sieht Laudamotion vorerst nicht, da auf Basis der Rahmenbedingungen keine Nachfrage vorhanden sei.

Internationales:

- **Norwegen / staatliche Hilfen / Norwegian Air** - Die Billigfluglinie Norwegian rechnet nicht mit einem Normalbetrieb nicht vor dem Jahr 2022 und warnt vor ihrem Aus, wenn der Rettungsplan nicht abgesegnet wird. Wichtig sei, bis Mitte Mai die staatlichen Hilfen zu erhalten, bevor der Fluglinie das Geld ausgehe. Norwegian plant in der Nebensaison Geld zu sparen und sich in der Hauptsaison 2021 finanziell zu erholen, um im Folgejahr wieder den Normalbetrieb aufnehmen zu können. Die Schulden sollen bis zu 85% in Eigenkapital umgewandelt werden, wozu Aktien im Wert von 35 Mio. Euro ausgeben werden sollen, um so neues Kapital zu bekommen. Die Airline plant sich mit einem milliarden-schweren Kreditpaket der norwegischen Regierung zu retten, derzeit sind die Flugzeuge am Boden und die 7.650 Mitarbeiter vorübergehend beurlaubt. Ob der Plan aufgeht ist ungewiss, vier Tochtergesellschaften von Norwegian haben bereits Insolvenz angemeldet.
- **Frankreich / Airbus** - auch bei Airbus stehen tiefgreifende Einschnitte bevor, das Überleben hänge davon ab, dass jetzt gehandelt werde. Die Kurzarbeit von 3.000 Mitarbeitern in Frankreich sei nur der Anfang gewesen, Airbus habe innerhalb weniger Wochen ein Drittel des Geschäftes verloren, es könne aber noch schlimmer kommen. Die Produktion von Kurz- und Mittelstreckenmaschinen wurde bereits um ein Drittel auf 40 Flugzeuge pro Monat gedrosselt, bei den Langstreckenmaschinen seien die Einschnitte noch größer. Man müsse sich darauf einstellen, dass die Nachfrage lange Zeit nicht das Niveau erreichen werde, das vor der Coronakrise
Boeing als Airbus-Konkurrent dürfte finanziell noch stärker unter Druck stehen und ähnliche Produktionskürzungen und einen Arbeitsplatzabbau ankündigen müssen.
- **Deutschland / finanzielle Hilfen / Lufthansa**- die bayrische CSU will die Lufthansa nicht verstaatlichen, der Staat solle die Lufthansa wie ein Beiboot als stiller Teilhaber denn als Aktionär begleiten, sagte CSU-Chef Söder in München nach einer Videokonferenz des Parteivorstands. Damit stellen sich die Unionspolitiker aus Bayern gegen die Überlegungen des Koalitionspartners SPD. Wirtschaftsminister Altmaier deutete eine grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung zur Unterstützung an, Unternehmen wie die Lufthansa müssten nach der Coronakrise wieder auf die Beine kommen.
Der österreichische Finanzminister Blümel (ÖVP) schließt eine Beteiligung an der Lufthansa ebenfalls nicht aus die Abstimmung mit den Kollegen aus Deutschland und der Schweiz sei gut, wenn der österreichische Steuerzahler der AUA helfe dann werde die österreichische Regierung auf Garantien und die Absicherung des Standortes Wien bestehen.
Condor / staatliche Hilfen - Condor bekommt neue Staatshilfen. Die EU-Kommission hat grünes Licht für Kredite der deutschen Regierung und des Landes Hessen in Höhe von 550 Mio. Euro gegeben. Condor ist mit rund 4.900 Beschäftigten und mehr als 50 Flugzeugen besonders wegen des Langstreckennetzes attraktiv und gilt im Ferienflugbereich als wichtiger Gegenpol und Konkurrent zur Lufthansa.
Die Höhe eines gewährten Darlehens liege bei 294 Mio. Euro, der staatliche Überbrückungskredit von 256 Mio. Euro, mit dem die Condor im Herbst der Insolvenz entging, werde refinanziert, nachdem die polnische PGL-Holding die Übernahme wegen eigener Probleme abgesagt hatte.